

Recht der Kapitalgeber, sich direkt oder indirekt vertreten zu lassen. Die Kapitalgeber durch ihre Geldinvestitionen sowie die Arbeitnehmer durch ihre Arbeitsleistung sind im Grunde genommen beide Gläubiger der Unternehmung, die berechtigt sein müssen, gleichmässig ihre Interessen zu wahren.

Zum dritten: Das Abstimmungsergebnis im Nationalrat wurde vom Ständerat, zum Teil aber auch von der nationalrätlichen Kommission als nicht überzeugend bezeichnet. Ich überlasse es den Juristen im Bundeshaus, die um die Angemessenheit der Mitbestimmung so gründlich nachgegrübelt haben, mir eine überzeugende Definition des «überzeugenden Abstimmungsergebnisses» nach der ständerätlichen Version zu geben.

Zum Abstimmungsergebnis möchte ich noch kurz folgendes bemerken: Die Vergleiche der Abstimmungsergebnisse in den beiden Kammern können nicht gerecht ausfallen, weil die politischen Kräfteverhältnisse ungleich zum Ausdruck kommen. Sachlich betrachtet ist der Volkswille im Nationalrat sicher mehr zum Ausdruck gekommen als im Ständerat. Bei der Beurteilung der Abstimmungen im Nationalrat müssen auch die verhältnismässig vielen Stimmenthaltungen berücksichtigt werden, da manche Befürworter der Initiative aus Konsequenz den bundesrätlichen Vorschlag nicht unterstützt haben.

Der Minderheitsantrag des Ständerates hat grosse Enttäuschung unter den Initianten hervorgerufen und die schon schwankende Bereitschaft zu einem Kompromiss vollständig annulliert. Die sogenannte angemessene Lösung bedeutet nicht nur die Negation der Mitbestimmung, sondern sogar eine Verminderung der Möglichkeiten, die das geltende Recht aufgrund von Artikel 34ter der Bundesverfassung schon vorsieht.

Die Diskussion sowie die Beschlüsse, besonders im Ständerat, bestätigen, dass eine konvergierende Lösung zwischen dem bundesrätlichen Gegenvorschlag und der Initiative nicht mehr wahrscheinlich ist. Dagegen zeichnen sich Lösungen ab, die nicht als Alternativen zur Initiative betrachtet werden können. Da unter den gegebenen Umständen die Chancen einer überzeugenden Uebereinstimmung, die vom Ständerat gewünscht wird, durch eine Fristverlängerung nicht erhöht werden, beantrage ich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion die Ablehnung der vorgeschlagenen Fristverlängerung und die Unterbreitung der Initiative der Volksabstimmung innerhalb der vorgeschriebenen Termine.

Binder, Berichterstatter der Mehrheit: Wir führen hier keine Sachdebatte. Wir müssen uns nicht entscheiden, ob wir für oder gegen die Mitbestimmung eintreten wollen. Wir müssen uns auch nicht darüber entscheiden, ob wir für oder gegen die Gewerkschaften eingestellt sind. Es geht nicht einmal um eine Frage der Toleranz, sondern es geht ganz einfach darum, ob wir uns noch bemühen wollen, während eines Jahres eine Lösung zu finden. Wenn ich Canonica heissen würde und wenn ich zu den Initianten gehören würde, dann würde ich selbstverständlich auch so sprechen, wie er jetzt gesprochen hat, denn die Initianten sind primär nicht sehr daran interessiert, dass ein tragfähiger Gegenvorschlag im Parlament zustande kommt. Auch wenn ich Herrn Canonica persönlich verstehe, möchte ich trotzdem bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Trölerisch haben wir diese Sache nicht behandelt. Es war nicht möglich, während eines Jahres ein so schwieriges Problem sauber und vernünftig auf der Stufe der Verfassung zu lösen. Wir haben während fünf Tagen Sitzungen abgehalten. Ich glaube, es wäre falsch und unklug, bereits zu kapitulieren. In diesem Sinne möchte ich Sie nochmals bitten, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. Richter, rapporteur de la majorité: Je ne répondrai pas aujourd'hui aux considérations générales de M. Canonica puisque nous sommes ici pour régler une question de

procédure. Voulons-nous prendre cette semaine une décision à l'arraché? Voulons-nous risquer de soumettre au vote du peuple suisse et des cantons le texte de l'initiative sans contre-projet? La majorité de la commission répond non à ces deux questions. Elle vous propose d'accepter de prolonger le délai pour donner au peuple suisse la possibilité de s'exprimer sur des propositions qui constituent les termes d'une alternative valable.

Bundespräsident Brugger: Es ist natürlich an sich Ihre Sache, wie weit Sie von Ihren Möglichkeiten und Rechten Gebrauch machen wollen. Man kann im Zusammenhang mit der Fristverlängerung allerlei taktische Ueberlegungen anstellen, übrigens nicht nur auf der einen Seite, sondern ebenso sehr auf der anderen. Die Möglichkeit, am Schluss vor einem Scherbenhaufen zu stehen, gibt es natürlich auch. Für den Bundesrat ist die Frage der Mitbestimmung nicht eine Frage des Taktierens, und es ist für ihn auch, Herr Nationalrat Canonica, kein «politischer Wauwau», wie Sie gesagt haben, sondern es ist für uns eine eminent wichtige Sachfrage, eine politische Frage auch, die im Raume liegt, die einer Lösung entgegengeführt werden sollte, einer Lösung, die schweizerischen Umständen und Verhältnissen gerecht wird. Wir glauben deshalb, dass man nicht im jetzigen Moment das Werkzeug ablegen sollte, nachdem schon so viel investiert worden ist und nachdem immerhin festgestellt werden kann, dass sich hier auch so etwas wie ein Reifungsprozess abspielt. Man sollte die Bemühungen fortsetzen, weil es sich um ein echtes Problem handelt, das gelöst werden sollte. Aus dieser Sicht empfiehlt Ihnen der Bundesrat, der Fristverlängerung zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Fristverlängerung)	105 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Ablehnung)	44 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

11 936

Bundesfinanzen. Massnahmen

Finances fédérales. Mesures

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwurf vom 3. April 1974
(BBl I, 1309)

Message, projets de loi et d'arrêté du 3 avril 1974 (FF I, 1269)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

Bürgli, Berichterstatter: Die Arbeit der Kommission unterlag einem gewissen Zwang zur Beschleunigung, damit der gesetzte Fahrplan mit einer Abstimmung von Volk und Ständen im Dezember eingehalten werden kann. Dennoch hat die Kommission ein überstürztes Verfahren vermieden. Sie hat sich zunächst zwei Tage intensiver Arbeit gewidmet; dann wurde ein Unterbruch von zwei Wochen eingeschaltet, welcher der Bereitstellung zusätzlicher Unterlagen und dem Ueberdenken des anspruchsvollen Fragenkomplexes diente. Trotz der gebotenen Dringlichkeit wurde die Sorgfalt gewahrt, welche einer derart bedeutsamen Vorlage gebührt.

Der neue Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, Herr Bundesrat Chevallaz, erwies sich trotz kurzer Amtstätigkeit als ausgezeichnet informierter Departementschef, dem die helvetischen Realitäten wohl vertraut sind. Die Beratungen der Kommission wurden im übrigen durch die ausgeprägte Dienstbereitschaft der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung wirksam unterstützt, was hier mit Dank vermerkt sei.

Wende oder Betriebsunfall? In jedem Finanzhaushalt kann es einmal ein vorübergehendes Ungleichgewicht geben. Entscheidend ist die Tatsache, ob sich die Lage mit den vorhandenen Mitteln wieder meistern lässt. Wenn diese Problemstellung auf die gegenwärtige Lage der Bundesfinanzen angewendet wird, ergibt sich eine eindeutige Schlussfolgerung. Die eingetretene Lage übersteigt bei weitem den Rahmen eines Betriebsunfalles, der durch hauseigene Mittel behoben werden kann. Es muss von einer eigentlichen Wende im Bundeshaushalt gesprochen werden. Dieser Beurteilung der Lage durch den Bundesrat schliesst sich die Kommission in vollem Umfange an. Die Hoffnung auf das «Finanzwunder um die nächste Ecke», das in den letzten zwei Jahrzehnten im richtigen Augenblick immer wieder eingetreten war, muss begraben werden. Das sind keine Ueberlegungen vorsätzlicher Pessimisten, sondern nüchterne Schlussfolgerungen erfahrener Pragmatiker.

Die öffentliche Meinung fragt sich mit Recht, wie es zu dieser zugespitzten Situation im Bundeshaushalt kommen konnte. Mit Bezug auf die Ausgabenexplosion ist die Analyse im Grunde genommen einfach. Die Aufwendungen für die soziale Wohlfahrt, für Unterricht und Forschungen sowie den Umwelt- und Gewässerschutz sind weit über den Zuwachs des Bruttosozialproduktes hinaus angestiegen. Wenn der Bundesrat auf diesen Gebieten Ausgaben beantragte und das Parlament diese in der Folge bewilligte und öfter auch überbot, bewegten sich die Behörden im Rahmen von Erwartungen und Forderungen des ganzen Volkes oder wichtiger Teile davon. Der Ruf nach einer wirkungsvollen Unterstützung des Gewässerschutzes erscholl beispielsweise mit gewaltiger Lautstärke aus allen Teilen des Landes; die Einführung von existenzsichernden Renten bei der AHV wurde vom Grossteil des Schweizervolkes als eine berechnete Besserstellung der älteren Generation betrachtet.

Die Gewährung von rasch steigenden Bundesbeiträgen für die Hochschulen beruhte auf der unbestreitbaren Feststellung, dass die Hochschulkantone nicht mehr in der Lage waren, die Last allein zu tragen. Die erhebliche Besserstellung der beruflichen Ausbildung im Rahmen des Bundeshaushaltes beruhte schliesslich auf der Erkenntnis, dass ein ausgewogenes, alle Schichten des Volkes umfassendes Bildungswesen notwendig ist.

So ergab sich eine Kumulierung von Ausgaben, denen das gegenwärtige Steuersystem der Eidgenossenschaft nicht mehr gewachsen ist. Schon die Kommission Jöhr hatte im Jahre 1966 auf die hohe Inflationsempfindlichkeit des Bundeshaushaltes hingewiesen. Bei einer Inflationsrate von 10 Prozent muss diese Empfindlichkeit besonders deutlich in Erscheinung treten. Das gilt besonders für die Zölle, einstmals die Haupteinnahmequelle der Eidgenossenschaft, die infolge des Gewichtszollsystems und des integrationsbedingten Abbaues anteilmässig immer mehr zurückgehen. Die Konjunkturabschwächung im zweiten Halbjahr 1973 hat sodann zu Mindererträgen bei der WUST, der Tabaksteuer, den Treibstoffzuschlägen und den Stempelabgaben geführt. Der Mehrertrag bei der Wehrsteuer genügt bei weitem nicht, um einen Ausgleich zu schaffen. Als Ergebnis beider Trendbewegungen – Ausgaben über und Einnahmen unter der Zunahme des Sozialproduktes – ergeben sich die erschreckenden Defizitprognosen für die Finanzrechnung des Bundes der nächsten Jahre, welche über den Ernst der Lage keine Zweifel lassen.

Wohl am gravierendsten ist die Tatsache, dass der Bund zur Finanzierung dieser Fehlbeträge auf einen äusserst an-

gespannten Kapitalmarkt zurückgreifen muss. Die Defizitbeiträge, die sich bei ungehemmtem Wachstum der Bundesausgaben mit Sicherheit einstellen, würden einen wachsenden Anteil der Sparquote des Landes beanspruchen. Die legitimen Bedürfnisse der Kantone, der Gemeinden und der Privatwirtschaft würden dadurch in gefährlicher Weise beschnitten. Die Schlussfolgerung ist klar: die in Aussicht stehenden Fehlbeträge müssen drastisch reduziert werden, und zwar durch die Kombination von Sparmassnahmen und Einnahmenvermehrung.

Ausgaben – gebremster Wachstum: Der Begriff Sparen bedarf in der aktuellen Situation der sinngemässen Auslegung. Es wäre verlockend, ich bin mir dessen wohl bewusst, mit einer rücksichtslos durchgezogenen Sparübung das Gleichgewicht im Bundeshaushalt schlagartig wieder herzustellen. Dies könnte indessen nur um den Preis schwerster Erschütterungen bei den Kantonen, den Gemeinden und ganzer Bevölkerungsgruppen verwirklicht werden. Der Bund ist in ein anspruchsvolles System von Verpflichtungen hineingewachsen, die nicht einfach mit einer Handbewegung beiseite geschoben werden können. Es muss deshalb eine realistisch angelegte Ausgabenbremsung verwirklicht werden, auf welche sich alle Betroffenen einrichten können. Das zur Beratung stehende neue Bundesgesetz über die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt stellt hiezu das notwendige Instrumentarium bereit.

Entscheidend ist nun die Handhabung dieses Instrumentariums durch das Parlament, was in Zusammenhang mit der Beratung des Budgets zu geschehen hat. Der Bundesrat wird jeweils zusammen mit der Budgetbotschaft seine Anträge zur Ausgabendämpfung unterbreiten. Zum ersten Mal wird dieses System für das Budget 1975 zur Anwendung gelangen. Bis zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Volksabstimmung am 8. Dezember dieses Jahres dürften die Budgetberatungen in den beiden Räten noch nicht abgeschlossen sein. Um so grösseres Gewicht kommt dann den Anträgen der beiden Finanzkommissionen zu. Daraus muss der Wille des Parlamentes zur Sparsamkeit sichtbar werden, was eine entscheidende Voraussetzung für die Annahme der vorgeschlagenen Steuererhöhungen durch Volk und Stände darstellt.

Die Kommission empfiehlt mit 21:0 Stimmen und ohne Enthaltungen Eintreten auf das Bundesgesetz. Ich hoffe, dass diese Einmütigkeit sich wiederholt, wenn es gilt, die konkreten Sparbeschlüsse zu fassen.

Einnahmenvermehrung ist unerlässlich: ich wies schon darauf hin, dass das gebremste Ausgabenwachstum steigende Fehlbeträge in der Finanzrechnung bis 1979 nicht zu beseitigen vermag. Deshalb ist eine ins Gewicht fallende Einnahmenvermehrung nicht zu vermeiden. Nachdem die Ertragsausfälle einseitig bei den indirekten Abgaben zu verzeichnen sind, ist es logisch, die Einnahmenvermehrung vorwiegend in diesem Bereich zu suchen. In diesem Sinne soll die Warenumsatzsteuer ab 1. April 1975 bei den Detaillieferungen von 4,4 auf 6 Prozent und für Engroslieferungen von 6,6 auf 9 Prozent erhöht werden. Die mutmasslichen Mehreinnahmen steigen von 685 Millionen im Jahre 1975 auf gegen 2 Milliarden Franken im Jahre 1979 an. Die Kommission hat dieser Satzerhöhung der WUST nicht mit Begeisterung, indessen aus der Einsicht heraus zugestimmt, dass sich eine Massnahme von gleicher Ergiebigkeit überhaupt nicht anbietet.

Bei der direkten Bundessteuer ist weit grössere Zurückhaltung geboten. Zunächst besteht schon heute, kombiniert mit den Staats- und Gemeindesteuern, eine Belastung der mittleren und grösseren Einkommen, die nicht bagatellisiert werden darf. Sodann bewegt sich hier der Bund in der angestammten Steuerdomäne der Kantone und Gemeinden. Aus diesem Grunde hat sich die Kommission in ihrer Mehrheit an die Linie des Bundesrates gehalten, der aus wohlverwogenen Gründen eine Kollision mit den Kantonen zu vermeiden trachtet. Die einzige Abweichung, welche die Kommissionsmehrheit gegenüber den Anträgen

der Landesregierung für verantwortlich betrachtet, ist eine Erhöhung der Sozialabzüge zum teilweisen Ausgleich der kalten Progression. Als Kompensationsmassnahme für den Ausbau soll bei den juristischen Personen der Maximalsatz von 9 auf 10 Prozent heraufgesetzt werden. Wir werden in der Detailberatung Gelegenheit haben, uns ausgiebig über die Belastung der Einkommen im Rahmen der direkten Bundessteuer und durch die Summe aller direkten Steuern insgesamt zu unterhalten. Im Interesse der politischen Realisierbarkeit der Steuervorlage, die ein obligatorisches Referendum von Volk und Ständen zu bestehen hat, werden die Referenten alle über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden Anträge nachdrücklich ablehnen müssen. Strukturverändernde Massnahmen müssen auf eine zweite Runde verwiesen werden und eignen sich nach unserer Auffassung nicht zur Beratung im beschleunigten Verfahren, wie es die derzeitige Vorlage erfordert.

Die Kommission beantragt mit 18 : 0 Stimmen Eintreten auf die Anpassung von Artikel 41ter BV und von Artikel 8 der Uebergangsbestimmungen BV. Die sechs Enthaltungen verteilen sich gleichmässig auf Ratsmitglieder, welchen die vorgeschlagenen Satzerhöhungen entweder zu bescheiden oder zu hoch erscheinen.

Lassen Sie mich einige knappe Ausführungen über eine Ausgabenbremse machen.

Ausgabenbremse: Der Bundesrat verzichtet darauf, einen Antrag auf Einführung einer Ausgabenbremse zu stellen. Dies wohl in der Meinung, es sei primär Aufgabe des Parlamentes selber, darüber einen Entscheid zu fällen. Die Kommission befasste sich eingehend mit diesem Problemkreis und kam zum Schluss, Ihnen einen entsprechenden Artikel in den Uebergangsbestimmungen der BV vorzuschlagen. Damit soll der Sparwille des Parlamentes zuhanden der Öffentlichkeit verdeutlicht werden. Für die Einzelheiten der vorgeschlagenen Regelung verweise ich auf die Detailberatung.

Die kombinierte Wirkung der in Aussicht genommenen Sparmassnahmen und der vorgeschlagenen Steuererhöhungen führten nicht zu einer völligen Beseitigung der Defizite in der Finanzrechnung in den Jahren 1975 bis 1979. Diese werden indessen auf ein einigermaßen verantwortbares Mass reduziert. Eine weitere Konjunkturverflachung könnte die vorgesehenen Einnahmen schnell unter die gegenwärtigen Erwartungen drücken. Die Annahme des Massnahmenpaketes wird uns demzufolge nicht der Sorge um die Bundesfinanzen entheben. Die Vermeidung von untragbaren Fehlbeträgen erfordert eine Daueranstrengung in den nächsten Jahren. Ich wage deshalb zu hoffen, dass das Parlament die ihm aufgetragene erhöhte Verantwortung für das Gleichgewicht der Bundesfinanzen mit Mut und Zähigkeit übernimmt. Erst so entsteht die richtige Ausgangslage für den unvermeidlichen Dialog mit den Stimmbürgern dieses Landes. Daraus muss die Erkenntnis wachsen, dass die Eidgenossenschaft ihre Finanzen nur in Ordnung halten kann, wenn die Bürger ihre Forderungen an den Staat den gegebenen Möglichkeiten anpassen.

M. Bussey, rapporteur: Le compte financier de la Confédération a connu des bouclements équilibrés ou excédentaires jusqu'en 1971, à l'exception de 1967. La situation s'est alourdie dès 1971, où les comptes ont présenté un déficit de 300 millions de francs, mais l'optimisme est resté vivace jusqu'à l'automne 1973. Le déficit de l'année 1972 n'a pas dépassé 250 millions. Celui des budgets des années 1973 et 1974, passés au laminoir, ne devait pas atteindre 200 millions. Comme on le sait, le compte de l'exercice 1973 accuse un déficit de 780 millions. Tout conduit à penser que le déficit sera plus évident cette année et qu'il s'aggravera nettement ces prochaines années. Selon les prévisions publiées l'automne dernier, l'excédent des dépenses sur les recettes en 1975 et 1976, après correction des chiffres – réduction des dépenses et réévaluation des recettes – sera de l'ordre de 1,1 milliard. A la fin de l'année 1973, soit quelques semaines plus tard, le

déficit était supputé à 1,5 milliard pour 1975 et à 3,4 milliards pour 1979. Ces prévisions, déjà très inquiétantes, se sont aggravées de 300 à 400 millions de francs après un examen attentif des comptes de 1973. L'analyse des rentrées décevantes des trois premiers mois de 1974 ne contredit pas ces lourdes prévisions.

Ainsi se terminent vingt-cinq années d'euphorie financière à deux exercices près, au cours desquelles les amortissements ont atteint 6 milliards de francs. Enonçons le diagnostic. Les recettes fiscales, dans l'ensemble, indiquent à elles seules une chute de tension de 550 millions par rapport au budget. Cette moins-value est corrigée de quelque 235 millions dans la présentation des comptes de 1973 par le bénéfice amélioré de la Régie des alcools, des ventes d'argent par la Monnaie, des rendements des capitaux et de la perception d'émoluments. Ce sont là, avouons-le, des recettes vraisemblablement occasionnelles. Elles ne doivent pas nous faire perdre de vue l'essentiel, soit la dégradation progressive mais rapide de nos ressources.

Cela était prévisible au chapitre des douanes. On ne conclut pas des accords de libre-échange dans le cadre du GATT, de l'AELE ou de la Communauté économique européenne sans une perte de substance. Cela avait été annoncé et il eût été sage d'en procurer simultanément la compensation. Pour 1973, la moins-value a été de 170 millions. Pour l'année 1975, la libération douanière entraînera un manque à gagner de l'ordre de 1 milliard. De plus, en matière douanière, nous taxons au poids spécifique. Nous ne bénéficions pas de l'heureuse évolution d'un système *ad valorem*. Nous sommes en mesure de constater la différence mais nous devons douter qu'il soit encore temps de changer le fusil d'épaule au moment où nous entrons dans la démobilitation des tarifs avec nos partenaires européens. Quoi qu'il en soit, revenus de la douane, qui représentaient 21,5 pour cent de nos ressources fiscales en 1964, sont tombés à 13 pour cent en 1973 et ils n'ont pas été compensés par d'autres ressources indirectes. Dans le même temps, d'autres ressources fiscales de la Confédération n'ont pas donné les résultats escomptés: impôt sur le tabac (–164 millions); impôt sur le chiffre d'affaires (–180 millions); impôt anticipé (–86 millions); droits de timbre (–49 millions). Ces chiffres ont leur signification. Nous ne sommes pas en période de récession. Le plein emploi et la pénurie de main-d'œuvre même continuent mais il y a des modérations certaines. Les comptes de 1973 ne sont pas un accident, mais un tournant. Il intéressera notre assemblée de savoir que, pour janvier et février 1974, le rendement des recettes douanières a été inférieur de 32 millions à celui des deux mois correspondants de l'année précédente. C'est la conséquence normale, ici encore, de l'application des accords de libre-échange.

La diminution au titre de la taxe sur l'essence est de 38 millions. La situation du marché du pétrole l'explique autant que la forte importation de l'an dernier. Au cours des trois premiers mois de cette année, les droits de timbre ont baissé de 10 pour cent, soit de quelque 10 millions. Cela signifie qu'il faut admettre que la chute de tension de nos recettes fiscales n'est pas un accident, un phénomène occasionnel. Bien des signes et des commentaires donnent à penser qu'il y a un changement de rythme et un changement de climat, une stabilisation de l'économie dont les rentrées fiscales subissent le contre-coup.

Qu'en est-il des dépenses? Un effort de modération des dépenses a été accompli ces deux dernières années dans le domaine du budget courant et l'on peut, dans une période d'inflation, considérer comme réjouissant le fait que l'augmentation des dépenses n'a été en 1973 que de 265 millions par rapport au budget de 11 milliards. Ce qui inquiète, c'est, malgré cette modération réelle, l'incompressibilité même de leur croissance sous l'effet de

l'inflation, alors que les ressources diminuent en valeur relative et en valeur absolue.

A cela s'ajoute le fait que l'on ne saurait limiter dangereusement les interventions nouvelles de la Confédération en divers domaines ou la dynamisation, pour reprendre un terme à la mode, de ses engagements, qu'il s'agisse de choses votées ou de projets en portefeuille, d'études en cours ou d'initiatives.

Pendant vingt-cinq ans, nous avons vécu des déficits annoncés et constamment démentis par des impôts croissant d'eux-mêmes, par le jeu de la croissance d'une inflation modérée, d'une augmentation réelle de la production et des revenus. Ainsi certains retards ont été rattrapés dans l'équipement, dans de multiples domaines, dans la sécurité sociale, dans la recherche, dans les universités, dans une aide d'ailleurs modeste aux pays en voie de développement. Cela était nécessaire. Or, aujourd'hui, l'adaptation automatique des ressources ne joue plus et ne jouera plus. Certes le bilan de la Confédération est sain. Les quelque 8 milliards de découvert des années quarante se sont réduits à moins de 2 milliards. La dette de la Confédération équivaut à un demi-budget annuel. Ici on est tenté de relever que, pour certains cantons et pour certaines communes, il faudrait cinq, voire plus, budgets annuels pour éponger leurs dettes.

La situation saine de notre Etat rassure un peu facilement certains. La Confédération peut, selon eux, se permettre de s'endetter. Le budget n'est qu'un instrument de la politique de l'Etat, dit-on, il n'est pas une valeur en soi. Il peut être manipulé en fonction d'objectifs plus importants: l'équipement économique, la défense du pays, l'équité sociale, la lutte contre le chômage, etc. Nous avons vécu de telles périodes, de telles nécessités: les deux guerres, la crise des années trente. Mais c'est précisément cet impact économique et financier du budget public qui devrait nous interdire en période de plein emploi, de pleine activité économique, d'accumuler les déficits, de spéculer sur l'endettement. Un Etat comme le nôtre, économiquement dépendant de ses échanges en marchandises et en capitaux, par là prospère mais d'une prospérité fragile et constamment précaire, ne saurait trop s'écarter d'une doctrine financière objective. Les déficits de la Confédération, par 800 millions, par 1,5 milliard, par 2 et 3 milliards pour ces années prochaines, s'ajoutant aux conversions, aux demandes de crédit des cantons et des communes, aux prélèvements sur le fonds de compensation de l'AVS, aux besoins supplémentaires et accrus des CFF (1 milliard) et des PTT (500 millions), à la nécessité de financer de nouvelles centrales d'énergie, pèsent sur le marché des capitaux, contribuent à la hausse du taux de l'intérêt et rendent nécessaires le recours à des capitaux étrangers. Il nous faut admettre que nos déficits sont un appoint substantiel à l'inflation, une entrave au développement et à la maintenance économique. Ils signifient d'autre part une diminution des possibilités d'action de la Confédération, la destruction de réserves, l'endettement et le dangereux alourdissement des budgets futurs.

Enfin, il ne doit pas nous échapper que prolongés, institués en habitude, les déficits de la Confédération porteraient un préjudice grave au crédit de notre pays et de son économie. Que la Confédération donne l'exemple de la désinvolture, se finance par l'inflation, ne fasse pas l'effort fiscal correspondant à ses missions et à ses engagements, n'exerce pas une sélection rigoureuse de ses investissements, c'est alors le crédit du pays dans son ensemble qui est atteint.

Il faut le dire ici: on a feint d'ignorer une situation financière dont le moins que l'on puisse dire est qu'elle était prévisible. La Confédération savait, dès 1971, qu'elle dépenserait au-delà de ses ressources. Pourquoi? C'est un effet logique d'une succession d'actes volontaires. Constaté en le regrettant le manque de sens prévisionnel reste conforme à l'esprit d'une critique vigilante. Mais la critique n'autorise pas pour autant le renvoi à plus tard – réforme

fondamentale – de mesures propres pour l'immédiat à limiter une dégradation progressive.

C'est dans cet esprit que les membres de votre commission ont abordé et examiné le message du 3 avril 1974, objet de nos délibérations. Le programme que propose le Conseil fédéral tend à rétablir l'équilibre des finances, du moins à réduire substantiellement les déficits pour les cinq prochaines années. Ce programme a fait l'objet de consultations orales avec les formations politiques représentées au Parlement, avec les grandes associations. Les mesures proposées sont jugées diversement et on lira avec intérêt la prise de position de la conférence des directeurs cantonaux des finances, position dont nous aurons probablement quelque écho dans le cours de notre débat. Tenons pour acquis que les milieux consultés se sont félicités de la volonté gouvernementale de contrôler sévèrement l'évolution des dépenses et qu'ils ne contestent pas la nécessité pour la Confédération de se procurer de nouvelles recettes. Le premier volet des mesures que nous examinons porte sur les dépenses et revêt la forme d'une loi. Rien de spectaculaire, mais une volonté bien arrêtée, confirmée dans les textes de la loi d'ailleurs, heureusement amendé comme l'indique le dépliant par votre commission. Le but de la loi est le suivant: permettre de procéder légalement à des compressions raisonnées des dépenses courantes et des dépenses d'investissement. Certes on ne saurait, dans ces domaines particuliers, oublier les engagements qu'il faut tenir – des contrats, des subventions engagées, des travaux à terminer et à honorer – certes on ne saurait abruptement couper partie des vivres aux cantons, refuser de payer ou retarder le paiement de ce qui a été engagé, de ce qui a été assuré par la législation. En revanche, il reste admissible, d'entente avec les cantons, de modifier en substance, d'étaler dans les délais, de renvoyer ce qui n'est pas urgent, de revoir les normes et les exigences; en un mot comme un cent, une modération sélective, sans porter préjudice à notre économie par le refus d'un équipement essentiel réalisé en temps voulu; non pas bloquer mais opérer les priorités avec objectivité.

L'exercice de modération, de sélection est difficile à réaliser face aux cas concrets. Il n'en est que plus louable et postule l'appui et la collaboration du législatif.

Cette volonté, que nous voulons souhaiter méthodique, ne peut être chiffrée. Une modération progressive de 200 à 300 millions pour les deux prochaines années, d'un demi-milliard au moins pour les trois années suivantes reste plausible. Voilà situé pour l'essentiel le premier volet des mesures envisagées dans cette nouvelle loi soumise au référendum facultatif.

Le second volet des mesures envisagées fait l'objet d'un arrêté fédéral concernant le régime financier de la Confédération. Il est soumis au vote du peuple et des cantons. Cet arrêté traite des modifications fiscales souhaitées. L'effort principal tendant à restaurer l'équilibre de nos finances est ainsi porté sur l'impôt, particulièrement sur l'impôt sur le chiffre d'affaires et le Conseil fédéral s'en explique: 1° parce que l'imposition indirecte est le domaine particulier de la Confédération; 2° parce que nos difficultés présentes proviennent en bonne partie de la réduction délibérée des droits de douane; 3° parce que, par rapport à la fiscalité de nos voisins, la fiscalité indirecte est, chez nous, très en retrait, sa proportion s'étant réduite à l'avantage de l'impôt direct. Notons ici que, selon le programme soumis, le montant global des recettes supplémentaires provenant du nouveau prélèvement fiscal est considéré comme le minimum jugé indispensable dans la situation présente. Ainsi les allègements éventuels qui pourraient être proposés et retenus par le législatif devraient être compensés. Votre commission partage cette détermination du gouvernement. Nous aurons l'occasion d'y revenir.

On connaît les taux proposés par le gouvernement et nous commenterons les travaux et les prises de position

de votre commission lorsque nous aborderons l'examen dit de détail de l'arrêté fédéral.

Relevons que l'augmentation de l'ICHA dans les propositions souhaitées par l'exécutif aurait une influence de 0,3-0,5 pour cent sur l'évolution de l'indice des prix, la liste des produits non frappés par cet impôt n'étant pas modifiée. D'aucuns souhaiteraient que l'imposition indirecte ne soit plus compris dans le calcul de l'indice. La discussion qui suivra nous renseignera.

En ce qui concerne l'impôt direct, il faut relever que la progression proposée est jugée diversement, particulièrement quant à ses incidences limitées sur les gros revenus. La correction de la progression à froid a, bien sûr, des partisans convaincus. Les uns préconisent une ou plusieurs formes d'allègement, persuadés qu'ils sont qu'elles correspondraient à l'équité, singulièrement à l'endroit des catégories de contribuables les moins favorisées. On appréciera le chemin parcouru par votre commission dans cette voie.

Le problème des déductions pour cotisations et primes d'assurance – nous pensons ici au deuxième pilier AVS – a été évoqué. Il n'échappe pas à la vigilance de l'exécutif.

L'introduction généralisée de la taxation annuelle étant à l'examen, d'aucuns souhaiteraient son introduction immédiate pour la catégorie des personnes morales au moins.

Alors que votre commission s'est déterminée à l'unanimité en faveur du projet de loi amendé, 18 de ses membres se sont prononcés en faveur du projet amendé de l'arrêté fédéral, 6 membres s'étant abstenus. Il s'ajoute que les délibérations de votre commission ont conduit une majorité de ses membres à préconiser une mesure complémentaire. D'une portée politique qu'il s'agit maintenant d'apprécier, cette proposition tend à limiter les initiatives parlementaires lors de l'examen des dépenses présentées par le gouvernement. L'importance politique et les incidences techniques prévisibles que pourrait comporter cette mesure complémentaire n'échapperont pas à la sagacité de votre parlement. Nous commenterons l'arrêté y relatif lorsque notre Conseil se sera déterminé sur les deux volets compte tenu des propositions du Conseil fédéral et sur les déterminations de votre commission, qu'il s'agisse des propositions de majorité ou de minorité.

Le Conseil fédéral le dit lui-même, le problème qui nous est soumis est à moyen terme. Il n'a pas d'effets en 1974.

Notre système politique et notre système fiscal ne l'autoriseraient pas. Il devrait permettre d'attendre une réforme plus fondamentale des finances fédérales impliquant une plus claire répartition de tâches et des ressources entre la Confédération et les cantons, une harmonisation de l'impôt direct, une péréquation rationnelle, un impôt de consommation mieux articulé, et aussi mieux adapté aux conditions économiques, un examen des diverses initiatives fiscales, toutes choses que l'on déclare en cours d'étude mais qui demanderont sans doute encore un délai de trois à quatre ans pour devenir réalité.

Mais il serait hautement coupable de renvoyer au-delà de ce délai la présentation d'une réforme plus fondamentale des finances fédérales. Toute mansuétude serait alors dangereusement interprétée.

Le programme qui nous est soumis pare au plus pressé mais sans couvrir intégralement les déficits, sans trop d'optimisme quant aux économies, toutes choses restant égales quant aux conditions de notre marché fiscal, il permettrait de réduire d'un milliard, donc de ramener à quelque 800 millions le déficit de 1975, de bouclier à peu près le compte de 1976, d'abaisser à moins d'un demi-milliard le déficit de 1977. Ce programme, qui postule un effort très substantiel des contribuables, peut être amendé, certes, mais il ne saurait être réduit dans ses effets car nous irions au-devant de dangers qu'il serait coupable d'ignorer. Votre commission vous propose d'entrer en matière.

M. Corbat: Il m'échoit l'honneur de vous faire part de la position du groupe radical-démocratique sur les pro-

jets 11 936 concernant les mesures propres à restaurer l'équilibre des finances fédérales.

En guise de préambule, permettez-moi de vous rappeler qu'au nombre des attributions de l'Assemblée fédérale figurent l'établissement du budget annuel, l'approbation des comptes de l'Etat et les arrêtés autorisant les emprunts, cette dernière compétence étant déléguée par arrêté en début de législature, comme vous le savez.

En adoptant cette disposition constitutionnelle, le législateur a voulu marquer que, sous réserve des droits du peuple et des cantons, l'Assemblée fédérale exerce en cette matière l'autorité suprême de la Confédération. Cette autorité lui confère, bien entendu, la responsabilité de l'équilibre des finances fédérales. Or peut-on dire que les Chambres assument cette responsabilité si, parallèlement, elles sont en mesure d'aggraver tout au long de l'année les propositions du Conseil fédéral – auquel la constitution confère le soin d'administrer les finances de la Confédération – en prenant des décisions pouvant entraîner de fortes augmentations de dépenses ou des diminutions de recettes non moins importantes et cela sans même que soit requise la majorité des membres des deux Conseils.

Lorsque les finances sont déséquilibrées, comme c'est aujourd'hui le cas, au point de compromettre notre politique d'emprunt, on feint alors de s'étonner et on rejette volontiers la responsabilité sur le Conseil fédéral. Il faut bien trouver un bouc émissaire lorsqu'on refuse d'assumer soi-même ses responsabilités. Pensez-vous que j'exagère dans mes propos? Les faits sont là qui crèvent les yeux et qui choquent aussi le citoyen. J'en cite deux pour mémoire: il y a quelques années, le Conseil fédéral chargeait une commission d'experts d'établir des directives financières en vue de remédier au déséquilibre escompté des finances fédérales, en raison des charges toujours plus lourdes pesant sur la Confédération. C'était la commission Jöhr dont les avertissements sont restés sans aucune audience devant le Parlement. En 1966, ce dernier rejetait le «Sofortprogramm». Aujourd'hui, les prévisions Jöhr, comme l'a rappelé notre ministre des finances, se réalisent à la lettre.

Parallèlement, le Conseil fédéral faisait l'inventaire des subventions, ce qui fut à l'origine du rapport Stocker, contenant des propositions en vue d'admettre des critères économiques valables établissant la capacité financière des destinataires, les priorités à accorder et la révision régulière des subventions selon les buts poursuivis et les résultats obtenus. Rien de tout cela ne fut retenu. Au contraire, au cours des années qui suivirent, une «subventionnisme» aiguë et galopante s'empara de tous les milieux: en l'espace de quatre ans, de 1968 à 1972 les subventions ont plus que doublé, 52,3 pour cent, soit beaucoup plus fortement que le renchérissement qui est pour la même période de 20,7 pour cent. Si l'on tient également compte de l'année écoulée, on obtient pour la période 1968-1973 les taux d'accroissement suivants: subventions fédérales, +78,5 pour cent; indice suisse des prix à la consommation, +31,3 pour cent; produit national brut, +76,6 pour cent et dépenses fédérales – comment s'en étonner – +79 pour cent.

Ces deux exemples sont éloquentes. Ils démontrent aussi un état d'esprit qui ne laisse pas d'être inquiétant. Sans tenir le moindre compte des déficits présumés – 1,8 milliard en 1975, 4 milliards en 1979 – notre Parlement se rassure en constatant que, par rapport à d'autres pays industrialisés, la part des dépenses publiques par rapport au produit national brut reste modérée. On établit des comparaisons avec l'Italie et l'Angleterre (est-ce peut-être par goût de l'échec?) ou avec l'Allemagne fédérale et les Etats-Unis (n'avons-nous pas tendance à oublier la fable du bœuf et de la grenouille?). En effet, que signifie pour un Etat comme le nôtre un déficit allant en s'aggravant? Le chef du Département des finances a répondu clairement à cette question en remarquant notamment: «L'équi-

libre du budget, certes, n'est pas un tabou absolu et l'on pourrait admettre un certain déséquilibre si nous vivions un temps de crise, ce qui n'est nullement le cas. Nous sommes dans une période de plein emploi, de confort et de prospérité. C'est agir gravement à contretemps que de donner une impulsion forte à l'inflation en recourant exagérément au crédit pour alimenter les dépenses publiques. A ces considérations conjoncturelles, poursuit M. le conseiller fédéral Chevallaz, s'ajoutent des réflexions générales qu'il qualifie de «ménagères». Le bon sens des Etats comme des particuliers veut en effet que l'on ne s'endette pas en période de pleine santé. Notre économie est à la fois très prospère et pourtant fragile. Nous sommes fortement dépendants de nos relations extérieures, commerciales et financières. Notre prospérité dépend de notre travail, de la paix sociale, de notre capacité concurrentielle, du prix de nos produits, mais également de notre crédit et de la confiance qui nous est faite. L'équilibre des finances publiques de la Confédération en particulier constitue un élément concret, l'un des tests, l'une des justifications de ce crédit et de cette confiance.» Notre Parlement entendra-t-il aujourd'hui ces paroles de sagesse? Car, pour sortir de l'impasse budgétaire dans laquelle nous nous trouvons, il y a une série de mesures à prendre dont celles qui nous sont proposées aujourd'hui ne constituent qu'un début. Soyons certains que, si nous ne voulons pas compromettre notre politique et très particulièrement nos engagements sociaux, nous devons observer aujourd'hui une priorité qui conditionne toutes les autres, à savoir celle de restaurer l'équilibre de nos finances. Il va sans dire que les mesures fiscales proposées, notamment le relèvement de l'ICHA, ne vont pas sans engagements précis dans le sens des économies. Ces engagements ne peuvent se limiter à de purs effets déclamatoires. Aussi souscrivons-nous aux mesures complémentaires annoncées par le Conseil fédéral et destinées à restaurer l'équilibre des finances, y compris la limitation des effectifs du personnel de la Confédération – proposition émanant de notre collègue Letsch et fixée par la majorité de la commission à 0,5 pour cent au plus par an pour les périodes 1975–1979. Alors que le secteur privé est obligé, depuis plusieurs années, de se limiter fortement en raison de la politique de stabilisation de la main-d'œuvre, on ne comprendrait pas que les pouvoirs publics ne réalisent pas un effort dans le même sens.

Permettez-moi d'ouvrir ici une parenthèse. En commission, cette proposition a suscité des controverses entre ceux qui se disaient les défenseurs attitrés du personnel de la Confédération et ceux qui, à leurs yeux, continuaient à «manger» du fonctionnaire. En agissant ainsi, on ne fait rien d'autre, me semble-t-il, que de s'enfermer dans la polémique en s'inspirant des fameux «Ronds-de-cuir» de Courteline. Chacun sait bien qu'aujourd'hui la fonction publique est composée dans sa grande majorité d'hommes et de femmes qui sont autant de médecins ou d'infirmières, d'enseignants, d'ingénieurs, d'architectes, de techniciens, de conducteurs de trains ou de collaborateurs très nombreux et consciencieux de nos services publics, postes, télégraphes, téléphones – et j'en passe – sans lesquels nous ne saurions vivre, pas plus dans un foyer que dans une entreprise. Que l'on cesse donc de se moquer des manches de lustrine, mais que l'on n'exagère pas en confiant à l'Etat toujours plus de tâches que l'on peut aussi assumer dans le secteur privé. La limitation des effectifs constitue, à mon sens, un bon moyen de ne pas dépasser certaines limites. Les exemples de nationalisation et de bureaucratie à travers le monde, qui s'accompagnent généralement de retards technologiques considérables et d'un niveau de vie inférieur au nôtre, devraient nous ouvrir les yeux avant qu'il ne soit trop tard.

Au cours de l'examen de détail des deux projets qui nous sont soumis, notre groupe aura l'occasion de s'exprimer sur les différentes propositions de majorité et de minorité qui se sont affrontées en commission. Disons très géné-

ralement que le groupe radical se rallie aux propositions de majorité figurant dans les deux projets, de même qu'à la motion sollicitant d'ici 1976 un rapport et des propositions concernant les nombreuses interventions parlementaires ainsi que les initiatives individuelles, populaires et des cantons qui sont en cours, réclamant une réforme complète des finances, de la fiscalité et de la péréquation financière. Enfin, le groupe radical se rallie naturellement au projet de modification des dispositions transitoires de la constitution prévoyant que, pour les années 1975 à 1979, les décisions entraînant une augmentation de dépenses ou une diminution de recettes par rapport aux propositions du Conseil fédéral soient adoptées dans chaque Conseil à la majorité de tous les membres. Cette disposition doit être soumise séparément au verdict populaire le 8 décembre prochain, en même temps que celle touchant les modifications fiscales.

En conclusion, le groupe radical soutient le programme d'assainissement à court terme qui nous est proposé aujourd'hui. Il attend du Conseil fédéral qu'il manifeste concrètement sa volonté d'économie, ainsi que cela ressort de son projet, notamment et déjà dans l'établissement du budget 1975. Il estime en particulier que les propositions relatives à l'ICHA ne touchent pas les produits indispensables et sont en conséquence supportables. Il constate que, dans la situation conjoncturelle actuelle, les mesures envisagées pour restaurer l'équilibre des finances constituent un minimum à respecter. Enfin, il reconnaît la nécessité du verdict populaire du 8 décembre prochain en vue duquel il soutiendra résolument la politique raisonnable du Conseil fédéral tendant à restaurer l'équilibre de nos finances, condition indispensable d'une saine gestion et de la confiance qu'ont le peuple et les cantons dans les prestations qu'assume la Confédération.

Stich: Die sozialdemokratische Fraktion stimmt für Eintreten auf die beiden Vorlagen des Bundesrates zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes des Bundeshaushaltes. Damit anerkennen wir grundsätzlich die Notwendigkeit der Sanierung der Bundesfinanzen. Zwar ist die finanzielle Lage des Bundes, wie wir bereits beim Eintreten zur Staatsrechnung dargelegt haben, nicht schlecht, jedenfalls hinsichtlich des Verschuldungsgrades, doch kann in der Hochkonjunktur ein weiteres Ansteigen der Defizite nicht verantwortet werden, da die zusätzliche Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt durch die öffentliche Hand die unerwünschte Steigerung der Zinssätze noch weiter fördert. Damit wird auch der inflationsbedingten Umschichtung der Vermögensverteilung zulasten der schwächsten Glieder unserer Volkswirtschaft noch Vorschub geleistet, was wir einfach nicht hinnehmen können. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag des Bundesrates, der hier handeln will, offenbar der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, denn sonst hätte der Bundesrat vermutlich doch eine Lösung vorgeschlagen, welche eine wirkliche Sanierung bedeutete. So aber bleibt auch bei Annahme der Vorlage durch Parlament, Volk und Stände ein akkumuliertes Defizit von rund 5 Milliarden Franken bis im Jahre 1979, ohne Berücksichtigung des Finanzbedarfes der SBB und der PTT. Was aber geschieht, wenn diese Vorlage wieder einmal z. B. bei den Ständen scheitert und dann vielleicht nochmals eine reduzierte Vorlage vorgelegt werden muss, oder, was wir zwar nicht hoffen, die wirtschaftliche Lage nicht gleich gut bleibt, wie sie es heute noch ist? Schon diese Überlegungen zeigen eindringlich, dass diese Vorlage verbessert werden muss, wenn sich das Parlament nicht in wenigen Monaten und Jahren schon der Kurzsichtigkeit bezichtigen lassen will.

Wenn die öffentliche Hand mit Defiziten abschliesst, gehört es zum guten Ton, vom Sparen zu reden. Auch die sozialdemokratische Fraktion vertritt die Meinung, die öffentlichen Mittel sollten möglichst sparsam, zweckmässig und wirtschaftlich eingesetzt werden, doch scheint es uns unmöglich, Hunderte von Millionen einzusparen, ohne auf

die Erfüllung bisheriger und neuer Aufgaben zu verzichten. Wir sind nicht bereit, das Rad der Geschichte aufzuhalten oder gar zurückzudrehen. Unter dem Motto des Sparens lassen wir nicht den Wohlfahrtsstaat verabschieden und kehren zum Nachwächterstaat zurück. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich deshalb schon in der Kommission, und wird es nötigenfalls auch im Plenum tun, vehement gewehrt gegen eine Bevormundung des Parlamentes durch den Bundesrat durch die Abtretung von Gesetzgebungskompetenzen an den Bundesrat. Allfällige Fristverlängerungen oder Beitragskürzungen sollen durch das Parlament beschlossen und nicht auf dem Verordnungsweg durch die Hintertür eingeführt werden. So möchten wir allfällige Kürzungen unter dem Titel der Aufhebung der Tarifannäherung genau begründet haben, damit nicht wegen der Einsparung von einigen Millionen Franken der öffentliche Verkehr nachher wieder benachteiligt wird und später die mehrfachen Beträge eingesetzt werden müssen für Strassensanierungen wegen des zunehmenden privaten Verkehrs.

Weniger Bedeutung misst unsere Fraktion der Frage bei, ob Kenntnisnahme oder Genehmigung von mittelfristigen Finanzplänen. Wie die Erfahrung zeigt, sind mittelfristige Finanzpläne ein wertvolles Arbeitsmittel, welches Trends aufzeigen kann, doch müssen sie dauernd den neuen Gegebenheiten angepasst werden und können schon deshalb die einjährigen Budgets nur sehr beschränkt beeinflussen. Als falsch erachtet die sozialdemokratische Fraktion die auf fünf Jahre im voraus festgelegte Personalplafonierung und die damit verknüpfte Gleichstellung der Zentralverwaltung mit den SBB und den PTT. Wir erachten es als wichtiger, die Möglichkeit der Plafonierung dem Parlament wie bisher zu belassen, um der Entwicklung Rechnung tragen zu können. Während bei der Zentralverwaltung durchaus einmal ein Personalstopp durchgeführt werden könnte, sollte bei den Dienstleistungsbetrieben doch der Verkehrsentwicklung Rechnung getragen werden.

Aehnliches gilt auch bei der Gleichstellung der Investitionen. Eine momentane Finanzknappheit des Bundes darf nicht dazu führen, dass bei SBB und PTT die zukünftige Leistungsfähigkeit und Sicherheit beeinträchtigt werden. Sparen kann man vielleicht etwas an Monumentalbauten, nicht aber an technischen Einrichtungen, denn sonst verbaut man den Weg zur Erhaltung der Eigenwirtschaftlichkeit. Gerade bei der Grösse der Bundesbetriebe und der Vielzahl der Zulieferbetriebe dürfen wir in dieser Hinsicht auch die Auswirkungen nicht vergessen.

Eine wesentliche Reduktion der Aufträge bedeutet nichts anderes als nicht voll ausgenützte Kapazitäten und damit steigende Kosten in den Zulieferbetrieben. Eine solche Politik der Deflation führt automatisch in die Stagflation. Statt eines Beitrages zu einer wirtschaftlichen Leistung erbringen wir einen Beitrag zur weiteren Teuerung. Die Betriebe haben nachher höhere Kosten, eine kleinere Leistung und weniger Ertrag. Das kann aber niemals der Sinn einer Sparübung sein, weshalb unsere Fraktion hier entsprechende Anträge stellt.

Im ganzen gesehen lässt sich das Gleichgewicht durch effektive Einsparungen nicht erreichen. Notwendig sind deshalb auch Mehreinnahmen. Das Hauptgewicht liegt eindeutig bei der Warenumsatzsteuer und damit bei den indirekten Konsumsteuern. Wir verkennen eine gewisse Begründung dieser Massnahme nicht, nicht weil es keine andere Möglichkeiten gibt, Herr Präsident. Es gibt sehr viele andere Möglichkeiten, auch von der Ertragsseite her. Aber wir anerkennen, dass mit unserem Gewichtszollsystem die Konsumenten bei steigenden Preisen durch die Zölle relativ weniger belastet worden sind als in anderen Ländern und zudem auch eine gewisse Reduktion der Zölle durch die verschiedenen Zollsenkungsrunden im Rahmen des GATT, der EFTA und der EWG eingetreten ist. Auch wenn wir der Erhöhung der Warenumsatzsteuer trotz der relativ starken Erhöhung der Sätze nicht opponieren, so müssen wir doch verlangen, dass bei der direkten Steu-

er die kleinen Einkommen eine mindestens entsprechende Entlastung erfahren, sei es durch einen prozentualen oder einen festen Rabatt vom geschuldeten Steuerbetrag. Die Erhöhung der Sozialabzüge genügt hier nicht, da diese Erhöhung bei kleinen Einkommen lediglich eine Reduktion von vielleicht einem Fünfliber ergibt, während sie natürlich bei höheren Einkommensklassen immerhin 50 Franken ausmachen. Zudem ist gerade bei den unteren und mittleren Einkommen die kalte Progression am stärksten. Der Ausgleich der kalten Progression ist aber eine verfassungsmässige Pflicht. Deshalb auch stellt unsere Fraktion hier zwei Minderheitsanträge.

Daneben gilt es, in dieser Neuordnung der Bundesfinanzen einige institutionelle Aenderungen vorzunehmen, die keinen weiteren Aufschub ertragen und doch eine grundlegende Finanzreform, wenn es das je gibt, nicht präjudizieren. Wir denken hier primär an die Einführung der einjährigen Veranlagung. Es hat keinen Sinn, darüber zu jammern, dass Einnahmen und Ausgaben immer mehr auseinanderklaffen, wenn man nicht die Konsequenzen aus der Feststellung zieht, dass der Bund zwar heutige Preise und Löhne bezahlen muss, andererseits aber Steuern von Einkommen und Gewinnen erhebt, die vor drei oder vier Jahren erzielt worden sind. Das ist möglich, wenn ein stabiles Preisniveau vorhanden ist, aber in Zeiten der Inflation ist das vollständig unmöglich. Deshalb schlagen wir Ihnen als ersten Schritt vor, bei den juristischen Personen zur einjährigen Veranlagung überzugehen. Hier treten auch für die Kantone praktisch keine Probleme auf, der Bund erhält aber nach einer relativ langen Uebergangsfrist im Jahre 1980 immerhin etwa 250 Millionen Franken Mehreinnahmen. Bei den natürlichen Personen würden rund 450 Millionen herauskommen, bei gleichzeitiger Satzreduktion um 10 Prozent. Wir verzichten hier jedoch auf einen Antrag in der Meinung, diese Lösung müsse in der nächsten Finanzreform verwirklicht werden.

Eine zweite wesentliche Aenderung erscheint uns notwendig zur Harmonisierung der Belastung der grossen Einkommen. Nachdem eine ganze Anzahl von Kantonen nicht zuletzt unter dem Druck kantonalen Reichtumssteuerinitiativen die Belastungen für grosse Einkommen angemessen erhöht haben, scheint uns heute ein gewisser Ausgleich wichtiger als eine weitere wesentliche Erhöhung. Wir schlagen deshalb einen zehnprozentigen Zuschlag auf Einkommensteilen über 120 000 Franken vor, soweit Kanton und Gemeinde nicht schon eine Belastung von 24,5 Prozent erreichen, was also ungefähr dem Mittel der Belastungen entspricht. Davon betroffen werden also nur Steuerpflichtige in bisher besonders steuerergünstigen Kantonen und Gemeinden. Die Kantone können sich hier auch nicht beklagen, der Bund tangiere ihr Steuersubstrat, da sie es selbst ohnehin nicht ausnützen. Auch davon ist ein ansehnlicher Mehrertrag von rund 300 Millionen Franken zu erwarten, bis die Kantone ihre Steuergesetze angepasst haben. Hier handelt es sich um eine Schätzung, weil im Detail natürlich nicht ohne weiteres ausgerechnet werden kann, wieviel der Ausfall beträgt.

Ein dritter Punkt betrifft die Besteuerung der juristischen Personen. Dort haben wir heute eine sehr fragwürdige schweizerische Spezialität, die Renditebesteuerung mit einem Dreistufentarif. Richtiger wäre unseres Erachtens eine proportionale Besteuerung des Reingewinnes. Leider sind unsere diesbezüglichen Anträge abgelehnt worden. Als Uebergangslösung schlagen wir deshalb einen Zweistufentarif vor. Damit kommen wir einer vernünftigen Besteuerung etwas näher. Die Mehrerträge sind mit rund 220 Millionen Franken ebenfalls beachtlich. Diese beiden letzten Anträge würden sofort entsprechende Mehrerträge in den nächsten Jahren abwerfen, wenn sie angenommen werden. Sie schaffen deshalb nicht nur einen Ausgleich für die Ausfälle der teilweisen Beseitigung der kalten Progression, sondern sie können auch dazu dienen, die Ausfälle bei der Einführung der obligatorischen zweiten Säule der betrieblichen Altersvorsorge zu decken, wenn dann

auch diese Prämien vollständig von der Steuerpflicht befreit werden sollen. Bis dahin werden wir wohl kaum eine neue Finanzreform haben. Deshalb ist es Zeit, heute schon daran zu denken.

Die sozialdemokratische Fraktion erachtet wesentliche Mehreinnahmen für dringend notwendig, wenn der Bund in der Zukunft seine Aufgaben soll erfüllen können. Als nicht in die Zukunft gerichtet und der Zukunft nicht gerecht werdend erachten wir den von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagenen Bundesbeschluss über die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen. Es ist eher peinlich, wenn ein Parlament selbst den Antrag zu seiner Bevormundung stellt. Wir empfehlen Leuten, die sich nicht mehr für fähig halten, selbst vernünftige Entscheide zu treffen, zurückzutreten und das Leuten zu überlassen, die bereit sind, die Verantwortung für Ausgaben und Einnahmen zu übernehmen, und die es nicht einfach auf das absolute Mehr ankommen lassen wollen. Es hat heute morgen jemand gesagt, dass es dann wirklich möglich sei, Politik vom Bett aus zu betreiben, indem man damit verhindert, dass eine Mehrheit für einen Beschluss zustande kommt. Es wäre wahrscheinlich sehr peinlich, wenn unser Parlament einen solchen Beschluss fassen müsste. Ich glaube, man darf auch darauf hinweisen, dass unser Parlament ohnehin durch die langen Prozedurmühen im Zweikammersystem vor übereilten Beschlüssen bewahrt wird, so dass zusätzliche Erschwernisse wirklich nicht nötig sind. Ganz abgesehen davon, ist es auch nicht nötig, dass der einzelne Ständerat ein noch stärkeres politisches Gewicht erhält, wie das mit dem Erfordernis der absoluten Mehrheit erreicht würde. Wir betrachten deshalb einen solchen Beschluss als überflüssig; denn in der Wirklichkeit wird nur das Parlament in seiner Handlungsfähigkeit eingeengt, nicht aber der Bundesrat. Ich habe bei der Behandlung der Staatsrechnung schon darauf hingewiesen, dass der Bundesrat 1972, am Tage, als das Parlament das Budget verabschiedet hat, bereits die ersten Nachtragskredite bewilligt hat, ohne dass das Parlament dazu etwas sagen konnte. Der Bundesrat kann also auch hier später Nachtragskredite beschliessen und beantragen, was er will, das Parlament hat dazu nichts mehr zu sagen.

Wenn Sie selber einem solchen Bevormundungsbeschluss des Parlamentes zustimmen, dann beklagen Sie sich bitte nicht mehr über die Schwäche oder die Unfähigkeit des Parlamentes, sondern bedauern Sie dann nur noch Ihre eigenen diesbezüglichen Eigenschaften.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion bitte ich Sie, auf die beiden Vorlagen des Bundesrates einzutreten und sie samt unseren Verbesserungsvorschlägen gutzuheissen und den weiteren Antrag der Kommission zu einem Beschluss abzulehnen. Mit diesen Beschlüssen erreichen wir tatsächlich eine Sanierung der Bundesfinanzen und verschaffen dem Bund auch die Möglichkeit, dass er in der Zukunft seine Aufgaben erfüllen kann, wie das auch die Mitbürger in der Eidgenossenschaft von ihm erwarten.

M. Muret: C'est la quatrième fois en l'espace de cinq ans que le Conseil fédéral et sa majorité procèdent à des révisions, prorogations, restaurations, adaptations, corrections et autres modifications du régime financier et fiscal de la Confédération. Et chaque fois ou à peu près, les ministres des finances qui se succèdent – et qui à de rares exceptions près, sont tout plus éminents les uns que les autres – relèvent que, s'il ne s'agit que de mesures partielles, c'est qu'il faut faire vite et qu'il y a urgence vu la gravité des circonstances. Mais ils ne manquent pas bien entendu de laisser entendre que l'on s'attaquera très prochainement à une réforme d'ensemble des finances fédérales qui sera l'œuvre impérissable du siècle...

M. Celio qui vient de s'en aller allégrement à un moment crucial, «au tout fin moment» comme on dit dans mon canton et dans celui de M. le chef du Département des finances, s'est conformé à cette tradition et son successeur semble vouloir faire de même. On ne saurait du reste

les rendre personnellement responsables de cette défaillance permanente tant il est vrai qu'à la moindre tentative de leur part de sortir du provisoire, ils sont instantanément et systématiquement désavoués par leur fidèle majorité elle-même!

Comme cela dure depuis trente ou trente-cinq ans au moins, il devient inutile de s'appesantir sur ce thème, mais il faut tout de même noter en passant que cette situation reflète d'une part une singulière impuissance de la classe dirigeante et qu'elle traduit d'autre part, non sans éclat, l'acharnement que mettent les défenseurs des plus gros intérêts capitalistes à sauvegarder leurs privilèges. Car c'est bien de cela qu'il s'agit avant tout et c'est bien cela que reflète une nouvelle fois le projet fédéral.

Il suffit en effet de le résumer en quelques mots et en quelques chiffres pour qu'apparaisse son caractère ouvertement antisocial.

Au chapitre des charges nouvelles qui vont peser sur le monde du travail et sur la grande masse de la population, il y a d'abord la hausse massive de plus de 36 pour cent de l'impôt sur le chiffre d'affaires, ce qui représentera pour les cinq prochaines années 7320 millions, soit une moyenne annuelle de près d'un milliard et demi de supplément d'impôts qui frappera indistinctement et au même taux petits et gros, pauvres et riches. Cela signifie par conséquent qu'en dépit de toutes les argumentations spéculatives, ce sera inévitablement le plus grand nombre des petits et des pauvres qui paieront la plus grande part de ce supplément.

En second lieu, il y a le refus de Conseil fédéral de procéder à la compensation des effets de la progression à froid, laquelle se chiffrerait, selon le message gouvernemental, qui se garde de préciser, «à plusieurs centaines de millions dès 1976». Pourquoi donc cette vague approximation, alors qu'un calcul exact est parfaitement possible et que, par exemple, il a bien fallu l'effectuer lors de la dernière compensation, celle de 1971? La réponse saute aux yeux: on espère dissimuler ainsi l'ampleur de l'allègement que l'on se refuse à décider. Mais ce que rien ne peut dissimuler, c'est que ces centaines de millions, qu'il s'agisse de 200, 300 ou 400 d'entre eux par an, vont rester pour ainsi dire exclusivement à la charge des seuls petits et moyens revenus.

Et cela, mieux encore, en violation délibérée de la constitution qui dispose impérativement, à son article 41^{ter}, que les effets de la progression à froid doivent être compensés périodiquement. C'est donc là un refus doublement inadmissible et doublement intolérable: d'une part, sur le plan du respect de la Constitution et de la volonté populaire et, d'autre part, sur le plan social où l'on impose ainsi aux catégories les moins favorisées de contribuables le maintien d'un surplus d'impôt illégitime, non inscrit dans la loi, et qui n'est que l'une des conséquences les plus foncièrement iniques de l'inflation.

Voyons maintenant le second chapitre, celui des contributions – parce qu'il serait indécent de parler de charges – qui seront demandées au gros revenus et aux sociétés. Le bilan est proprement dérisoire. Pour les personnes physiques, l'augmentation du taux maximal de 1,55 pour cent produira au total des recettes supplémentaires de 200 millions pour cinq ans, soit une moyenne annuelle de 40 millions en tout et pour tout, prélevés sur les revenus de plus de 243 000 francs.

Quant aux sociétés de capitaux, c'est encore plus maigre proportionnellement parlant: le taux maximal est augmenté de 0,2 pour cent (ce qui – le message fédéral le reconnaît lui-même – n'aura qu'une incidence mineure) et la première surtaxe, d'un tiers. Rendement supplémentaire pour cinq ans: 320 millions. Moyenne annuelle: 64 millions à la charge des quelque 77 000 sociétés anonymes du pays.

La comparaison est donc éloquent et on aura beau lui reprocher d'être simpliste, elle n'en correspond pas moins à la réalité la plus stricte et la plus concrète. Le projet

fédéral fait peser sur le monde du travail, sur la grande majorité que constituent les petits et moyens contribuables, des charges que l'on peut situer en restant modeste entre 1 et 2 milliards par an, alors que pour les gros intérêts capitalistes et les détenteurs de la richesse du pays ces charges se réduisent à 104 millions, c'est-à-dire de dix à vingt fois moins. Il n'en faut pas davantage pour démontrer la flagrante, l'inacceptable inéquité du projet qui nous est soumis.

C'est si évident que la commission elle-même propose de légères atténuations à cette injustice. Elle le fait sous la forme d'une part des augmentations de déductions pour les personnes physiques (ce qui, on le suppose, devrait représenter une espèce de début de semblant d'ersatz de compensation de la progression à froid, afin qu'il ne soit pas dit que rien n'a été fait dans ce domaine) et d'autre part d'une majoration du taux maximal pour les personnes morales, ce qui est tout de même un peu mieux, bien que singulièrement insuffisant. Il est trop clair que ce n'est là qu'un coup de chapeau destiné à apaiser les critiques et dont la timidité est telle qu'elle est très loin de correspondre à un renversement de la vapeur et à un changement réel du sens et du contenu du projet.

Restent les proposition de minorité. Nous les appuierons dans la mesure où elles se rapprochent de notre position. Nous sommes heureux à ce propos et particulièrement réconfortés de constater que deux ou trois d'entre elles, socialistes ou indépendantes, sont identiques à celles qu'avaient faites le Parti du travail en 1971 et 1972 et qui avaient été rejetées alors, avec le concours de leurs auteurs d'aujourd'hui, d'écraçantes majorités. Comme quoi l'Evangile a cent fois raison de proclamer «qu'il y a plus de joie dans le ciel pour un seul pécheur qui se repent que pour vingt justes». Il nous apparaît que tous les espoirs nous sont permis lorsque nous voyons le Conseil fédéral lui-même reprendre, avec une année et demie de retard seulement, notre proposition d'élever à 0,825 pour mille l'impôt sur le capital et les réserves des personnes morales. Nous tenons à l'assurer que, pour mieux lui permettre de gagner le paradis, nous nous mettons en tous temps à son entière disposition pour toutes idées, suggestions ou inspirations dont il pourrait avoir besoin – et, bien entendu, à titre absolument gracieux! On passera peut-être dans les services une liste de souscription pour notre presse et, tous les versements seront les bienvenus, même les plus minimes, mais vous savez bien qu'ils ne sont pas obligatoires.

Cela dit, je tiens à préciser que le Parti du travail se situe aux antipodes de la position des dirigeants de droite de l'Union suisse des arts et métiers qui crient: «Vive les caisses vides!» Il va de soi qu'il ne veut pas de cette politique suicidaire, mais ce qu'il n'acceptera en aucun cas c'est qu'on remplisse les caisses en question en prélevant sur le nécessaire des petits budgets afin de mieux épargner le superflu des privilégiés. Et ce sont des solutions très exactement contraires que nous avons toujours défendues et qu'aujourd'hui nous préconisons à nouveau, assumant d'un cœur léger le tort d'avoir raison les premiers...

Ces solutions se reflètent dans les propositions que nous avons déposées et que je motiverai brièvement lors de la discussion de détail. Dans les grandes lignes, elles se résument comme suit. Tout d'abord, nous combattons une fois de plus l'augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires et demandons son maintien au niveau actuel. En second lieu, nous réclamons la pleine compensation des effets de la progression à froid pour les petits et moyens revenus, c'est-à-dire jusqu'à 36 000 francs, ainsi qu'une sensible élévation du niveau d'assujettissement à l'impôt.

D'autre part et en contrepartie, nous proposons de porter à 15 pour cent (au lieu de 12) le taux maximal d'impôt sur les gros revenus et à 16 pour cent (au lieu des 9 du projet fédéral et des 10 de la commission) le même taux maximal pour les sociétés anonymes et autres.

Enfin, nous reprenons une proposition que nous avons déjà faite et qui consiste à doubler et l'impôt de base et les deux surtaxes sur le rendement net desdites sociétés et enfin l'impôt sur le capital et les réserves.

Deux mots enfin sur les deux autres projets gouvernementaux, celui qui concerne la limitation des dépenses fédérales et celui, de dernière heure, qui voudrait instituer un frein aux dépenses. Nous les envisageons, disons-le nettement, avec autant de méfiance que de scepticisme. Ils apparaissent en effet comme une courbette docile et empressée devant les ordres du grand capital et de la droite la plus réactionnaire qui ne mènent la campagne acharnée et grossièrement démagogique que l'on sait contre les dépenses des pouvoirs publics que pour mieux défendre leurs gigantesques profits et réserves contre la moindre des atteintes et la plus maigre des mises à contribution.

Nous sommes résolument opposés, au frein aux dépenses – lequel n'est pas un frein, mais une mesure d'étranglement des droits du Parlement – et nous voterons sans hésitation la proposition socialiste de non-entrée en matière déposée contre lui.

Quant au projet de limitation des dépenses, nous sommes certes convaincus que de larges économies sont possibles, mais nous n'y croirons que lorsqu'elles commenceront, par exemple, par les 2,5 milliards de dépenses d'armement et par les centaines de millions de garantie des risques à l'exportation et aux investissements à l'étranger. Nous ne saurions donc voter un projet dont tout donne à penser qu'il ne s'appliquerait qu'au détriment des indispensables dépenses d'ordre social et d'intérêt général.

C'est également dans cet esprit, qu'à l'issue des débats, le groupe du Parti du travail s'opposera à tout régime financier et fiscal qui ne correspondrait pas, au moins pour l'essentiel, au sens des propositions qu'il a déposées.

Biel: Zuerst einige Worte zu Herrn Muret. Ich hatte hier im Saal schon zweimal ziemlich radikale Steuerreformprojekte vertreten, die unter anderem auch eine Neuordnung der Steuerprogression bei den natürlichen Personen anvisierten, und zwar in dem Sinne, dass die Progression weitergelaufen wäre bis zum Einkommen unendlich. Damals, Herr Muret, habe ich Sie nicht unter den Wenigen gesehen, die für diese Projekte aufgestanden sind. Das nur, um den Stellenwert Ihrer vorigen Ausführungen festzulegen.

Heute ist der Tag der feierlichen Proklamationen. Ich kann die optimistischen Ausführungen unseres Präsidenten nicht ganz teilen, insbesondere nicht die Hoffnungen, die er ausgesprochen hat. Vorher und nachher sind und werden wir wieder zu der finanzpolitischen Praxis schreiten, die leider anders aussieht als die Deklarationen. Ich denke beispielsweise an die letzte Woche. Wir hatten hier verschiedentlich über Sparen und andere Dinge gesprochen, bei der Forschung, bei den Beiträgen an Viehhalter, den Nachtragskrediten usw. Die Praxis war enttäuschend inkonsequent. Die finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte in unserem Lande ist langfristig unerfreulich. Wir waren alle gewarnt. Herr Bürgi hat in seinem Eintretensreferat darauf hingewiesen, was die Arbeitsgruppe Jöhr seinerzeit vorausgesagt hat. Entscheidend ist, dass diese Arbeitsgruppe uns gewarnt hat, dass nicht nur beim Bund, sondern bei allen öffentlichen Haushalten in der Schweiz langfristig die Ausgaben rascher wachsen als die Einnahmen. Sie haben uns – wie es Herr Bürgi richtig geschildert hat – auf die ausserordentliche Inflationsempfindlichkeit aufmerksam gemacht, dass also mit wachsender Inflationsrate die Defizite überproportional zunehmen. Das ist mit einer erschreckenden Brutalität eingetreten.

Bei einem Eintretensreferat sollte man versuchen, die Lage zu analysieren, ohne dass man sich einfach darauf beschränkt, Sündenböcke zu nennen.

Meines Erachtens ist ein grosser Teil der Zunahme der Ausgaben unvermeidlich. Das müssen wir einmal festhal-

ten. Und zwar haben wir dabei von der heutigen industriellen Gesellschaft, vom schweizerischen Entwicklungsstand auszugehen. Langsam zeichnet sich eine Sättigung im Bedarf nach privaten materiellen Gütern ab. Teilweise haben wir sogar eine Uebersversorgung an diesen Gütern. Gleichzeitig wächst mit dem steigenden Industrialisierungsgrad der Bedarf nach Dienstleistungen und vor allem nach sogenannten öffentlichen Gütern. Bei öffentlichen Gütern kann man diejenigen, die davon profitieren, aber nicht bereit sind, etwas dafür zu zahlen, vom Genuss nicht ausschliessen. Deshalb bietet sie auch niemand an, und deshalb muss der Staat für die Bereitstellung dieser Güter auftreten.

Was sind das für öffentliche Güter, die hinzugekommen sind? Ein altes öffentliches Gut ist zweifellos die Landesverteidigung. Das ist eine Sache des Staates. Wir haben aber eine Reihe öffentlicher Güter, die uns zusehends Sorgen bereiten und uns sehr viel Geld kosten werden. Ich denke beispielsweise an eine gute vernünftige Verkehrerschliessung, an anständige, vernünftige Wohnverhältnisse, Erholungslandschaften, aber auch an eine Gesellschaft möglichst ohne übermässige soziale Spannungen. All das sind Dinge, für die die Öffentlichkeit aufkommen muss, weil das gar nicht von anderen getan werden kann. Wir haben ein wachsendes Bedürfnis nach immateriellen Gütern, nach verbesserter Lebensqualität. Die Folge davon ist, dass wir mehr öffentliche Leistungen anbieten müssen, dass die Staatstätigkeit, ausgedrückt in Franken, wächst.

Ein Teil des Ausgabenzuwachses hat allerdings auch andere Ursachen. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, dass die Sachplanung mit der Finanzplanung nicht übereinstimmt. Das gilt sowohl generell wie auch in den einzelnen Bereichen. Die Sachplanung der einzelnen Verwaltungsabteilungen beim Staat nimmt keine Rücksicht auf das finanzpolitische Konzept, auf die verfügbaren Mittel. Bei der Eidgenossenschaft ist das besonders deutlich, weil sie eben einen Ueberweisungsstaat darstellt. Fast 50 Prozent der Ausgaben des Bundes werden nicht direkt für eigene Zwecke getätigt, sondern werden überwiesen an Dritte, an andere öffentliche Haushalte. Alle Ämter und Verwaltungsabteilungen machen laufend Zusicherungen, die sich dann sehr rasch in einem Zahlungsbedarf niederschlagen, der uns jede finanzpolitische Flexibilität nimmt. Wir kommen dann zu dem, was man einen Ueberhang an Beitragszusicherungen nennt. Wichtig ist deshalb, dass Beitragszusicherungen künftig nur noch im Rahmen einer echten Finanzplanung vorgenommen werden, in der Schwerpunkte nach einer Dringlichkeitsordnung gesetzt werden. Erst zögernd haben wir dieses Instrument der Beitragszusicherungen eingeführt, meines Erachtens zu zögernd, und die echte Finanzplanung kennen wir überhaupt noch nicht.

Es kommt aber noch ein weiteres hinzu: Verschiedene neue Staatsaufgaben sind in kurzer Zeit an den Bund herangetragen worden. Man musste in der entsprechend kurzen Zeit Ämter aufbauen. Diese Ämter fangen nun alle an zu arbeiten. Wir haben Beamte eingestellt; diese müssen auch zeigen, dass sie für etwas da sind, sie fangen eben an zu arbeiten. Und was ist ihre Hauptarbeit im Ueberweisungsstaat? Die Beitragszusicherung! Die Folge haben wir heute, nämlich eine Ausgabenlawine.

Ferner muss hier unter den Ursachen der für uns zu rasch gewachsenen Ausgaben erwähnt werden, dass man systematisch den Geldbedarf bei allen neuen Staatsaufgaben unterschätzt hat, und zwar von den Fachleuten wie von den Politikern. Ich erinnere an die Nationalstrassen, die Hochschulen, an Gewässerschutz und Zivilschutz. Ueberall hat man, als wir hier Gesetze und Pflichten beschlossen hatten, ganz andere Zahlen genannt. Heute sehen wir in verschiedenen Bereichen, dass auch das Vierfache nicht ausreicht, um die Aufgaben zu erfüllen.

Schliesslich wollen wir auch daran erinnern, dass trotz dem Bestehen eines Finanzhaushaltsgesetzes mit einem klaren Auftrag bis heute keine echte Planung der knappen Mittel

nach Schwerpunkten durch den Bundesrat vorgenommen worden ist. Die relativ günstige Finanzlage über lange Jahre hat dazu geführt, dass man nach dem Giesskannenprinzip neue Aufgaben entgegengenommen hat und entsprechende Vorlagen dem Parlament unterbreitete, wobei in all diesen neuen Vorlagen der Geldbedarf, wie gesagt, unterschätzt worden ist.

Erst jetzt hat sich das vielgelästerte böse Parlament eingeschaltet und wollte dem Schweizervolk auch noch einige Freude bereiten und einige zusätzliche Ausgaben beschliessen. Wir wollen also hier nicht in das gleiche Horn blasen und nur dem Parlament die ganze Schuld aufbürden, wie man jetzt gelegentlich den Eindruck gehabt hat. Das Parlament ist selbstverständlich für die Finanzmisere mitverantwortlich, aber zahlreiche Vorlagen sind ihm eben auch vom Bundesrat unterbreitet worden. Allerdings müssen wir hier etwas kritisieren: Ich nenne den Führungsmangel beim Bundesrat und bei der Verwaltung. Es kommt immer wieder vor, dass Verwaltungsabteilungen direkt an Parlamentarier gelangen mit Begehren, mit denen sie beim Gesamtbundesrat und insbesondere auch im Finanzdepartement nicht durchgekommen sind. Dass das Erfolg hat und dann auch entsprechend zu Ausgabenvermehrungen führt, haben wir beim letzten Budget im vergangenen Dezember erlebt.

Wie wir gesehen haben, ist also ein Teil des Ausgabenzuwachses unvermeidlich, der andere Teil ist auf fehlende finanzpolitische Voraussicht, auf Führungsmangel zurückzuführen. Entsprechend dieser Analyse ist das Konzept der Sanierung des Bundesrates im grossen und ganzen als richtig zu bezeichnen. Auf der einen Seite wird ein strafferes Haushalten mit den knappen Mitteln beantragt, werden Einsparungen gefordert; auf der anderen Seite wiederum geht es nicht ohne Beschaffung von Mehreinnahmen, weil eben ein Teil der zusätzlichen Staatsausgaben unvermeidlich ist.

Leider – und hier muss ich zur Kritik ansetzen – scheint mir, dass das Gewicht doch zu stark nur auf der Einnahmenseite liegt. Deshalb unterstützen wir all jene Anträge, die versuchen, die Ausgabenbremsen zumindest etwas schärfer zu machen. Unerlässlich ist deshalb auch eine harte Finanzplanung nach Dringlichkeiten, und ebenso unerlässlich scheint uns, eine solche Finanzplanung müsse dem Parlament zur Genehmigung und nicht nur zur Kenntnisnahme unterbreitet werden, damit eben diese Massnahmen dann auch wirksam werden. Doch darüber werden wir mehr in der Detailberatung zu sprechen haben.

Unsere Fraktion lehnt ein einseitiges Vorgehen ab. Sie lehnt es also ab, bloss mit Mehreinnahmen zu operieren; sie lehnt es aber auch ab, nur auf der Sparsseite Vorkehren zu treffen, weil die Analyse dazu zwingt, dem Staat auch die Mittel zur Verfügung zu stellen, die er benötigt. Wir sind in diesem Sinne für Eintreten, machen aber unsere endgültige Stellungnahme zu den Beschlüssen von unseren Beratungen im Nationalrat abhängig, und insbesondere auch vom Verhalten der Bundesratsparteien.

Schuler: Die Situationsanalyse der Bundesfinanzen, wie sie der Bundesrat seiner Botschaft voranstellt, ist von Herrn Biel soeben als zutreffend bezeichnet worden. Das hindert allerdings nicht, dass sie in hohem Masse beunruhigend ist. Defizite von zusammen über 13 Milliarden Franken für den Zeitraum 1975-1979 sind keine Kleinigkeit, auch wenn man sich im Zeitalter der Inflation schon weitgehend an grosse Zahlen gewöhnt hat. Solche Ausgabenüberschüsse des Bundes innerhalb von fünf Jahren wären um so weniger zu verantworten, als sie sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit ähnlich respektablen Defiziten von Kantonen und Gemeinden kumulieren würden. Ein solches Finanzgebahren der öffentlichen Hand müsste alle bisher erreichten und – wenigstens mit Bezug auf die Teuerungskämpfung – ohnehin noch nicht allzu spektakulären Ergebnisse unserer Konjunkturpolitik in kürzester Zeit wieder zunichte machen. Vorausgesetzt, dass

überhaupt jemand bereit und in der Lage wäre, der öffentlichen Hand die Mittel für solche enormen Ausgabenüberschüsse zur Verfügung zu stellen. Das Lob der leeren Bundeskassen zu singen, wie das Vereinzelte immer noch tun, und auf die heilsamen Wirkungen der Finanzklemme zu hoffen, scheint keine echte Alternative. Allein schon die starke Ausgleichsfunktion des Bundeshaushaltes innerhalb der Eidgenossenschaft verbietet uns einen solchen Ausweg.

Als zweckpessimistisch wird man die Darstellung des Bundesrates heute wohl auch nicht mehr abtun wollen, nachdem schon der letzte Abschluss unserer Staatsrechnung deutlich gezeigt hat, wie rasch die Ausgaben jetzt den Einnahmen davonzulaufen beginnen. Akzeptiert man aber die Analyse des Bundesrates als realistisch, so stellt sich höchstens noch die Frage, ob die von ihm vorgeschlagenen Massnahmen auch umfassend und durchschlagend genug sind, um den Bundeshaushalt innert nützlicher Frist wieder aus der Defizitsträhne herauszubringen. Der Bundesrat gibt im Grunde genommen selbst die Antwort auf diese Frage, wenn er feststellt, und zwar mit Nachdruck, trotz aller von ihm beantragten Massnahmen zur Senkung der Ausgaben und zur Vermehrung der Einnahmen könne das Gleichgewicht namentlich in den Jahren 1975 sowie vor allem 1978 und 1979 bei weitem nicht erreicht werden. Es handelt sich also bei den Vorschlägen des Bundesrates um ein Minimalprogramm, das nach seinen eigenen Worten durch weitere Anstrengungen bei der Budgetaufstellung ergänzt werden muss. Je nachdem, was man als Resultat dieser weiteren Anstrengungen erhofft – die Erfahrungen stimmen diesbezüglich leider nicht allzu optimistisch –, wird man weitere Anstrengungen noch auf anderen Gebieten vor Ablauf des Minimalprogramms als unerlässlich erachten. Eine Beschränkung auf das vom Bundesrat vorgeschlagene Ausmass lässt sich letztlich nur dadurch rechtfertigen, dass es sich dabei um eine Feuerlöschaktion handelt, die reichlich spät kommt und daher keinerlei Verzögerung mehr erträgt. Herr Muret hat sich zwar über diese ewige Dringlichkeit unserer Bundesfinanzlösungen mokiert. Leider ist es aber so, dass die Gefahr einer Situation schon recht weit sein muss, bis sie in unserem Lande ins Bewusstsein nicht nur der Parlamentarier und der Verwaltung, sondern auch der Öffentlichkeit eingeht.

Aufgrund dieser Bewertung der Sachlage stimmt die christlichdemokratische Fraktion, für die ich hier zu sprechen die Ehre habe, für Eintreten auf die Vorlage. Sie erachtet grundsätzlich alle Abstriche daran, d. h. alle Anträge, die den Sanierungseffekt dieses Minimalprogramms vermindern würden, als verfehlt.

In formeller Beziehung wäre noch die Frage aufzuwerfen, ob es wirklich angebracht ist, diesem Minimalprogramm bzw. den in seinem Rahmen zu treffenden Erlassen den doch recht anspruchsvollen Titel «Wiederherstellung des Gleichgewichtes des Bundeshaushaltes» zu verleihen. Unseres Erachtens müsste man bescheidener etwa von «Massnahmen zum Abbau des Ungleichgewichtes» sprechen. Das würde den Tatsachen besser gerecht. Denn auch bei ungekürzter Gutheissung des bundesrätlichen Sanierungspaketes werden für den Zeitraum 1975–1979 noch immer Ausgabenüberschüsse von mindestens 2 bis 3 Milliarden Franken verbleiben, also Jahresdefizite durchschnittlich von 500 bis 700 Millionen Franken, und dies wohl gemerkt selbst dann, wenn in den nächsten fünf Jahren nicht nur die Mehreinnahmen gemäss den Vorschlägen des Bundesrates voll realisiert, sondern auch die Ausgaben entsprechend der von ihm in Rechnung gestellten Beträge vermindert werden, d. h. insgesamt um rund 2,5 Milliarden Franken.

Zu den Vorschlägen des Bundesrates stellen wir generell fest, dass ihr Hauptakzent eindeutig auf der Beschaffung von Mehreinnahmen liegt. Das ist aber wohl unvermeidlich. Dort, wo im Bundesgesetz über zusätzliche Massnahmen bereits eine ganz bestimmte Kategorie von Ausgaben

namhaft gemacht wurde, bei der Einsparungen gemacht werden soll, nämlich bei den Beiträgen für die Annäherung von Tarifen konzessionierter Bahnunternehmungen, vermochte die Kommission dem Bundesrat übrigens nicht zu folgen. Die beantragte Streichung von Artikel 3 dieses Gesetzes bedeutet allerdings nicht, dass die Mehrheit ihrer Kommission Einsparungen in diesem Bereich grundsätzlich ausschliesst. Aber sie hält dafür, dass solche nicht generell vorgenommen werden können, sondern gegebenenfalls – wie alle übrigen ausgabenmindernden Anträge gemäss Artikel 2 dieses Gesetzes – auf Vorschlag des Bundesrates von der Bundesversammlung, und zwar in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, zu beschliessen sind. Damit, dass die Zuständigkeit für die Erstreckung gesetzlicher Fristen und die Reduktion von Bundesbeiträgen nach Antrag der Kommission in der Neufassung von Artikel 2 der Bundesversammlung reserviert wird, übernehmen die eidgenössischen Räte auch sehr weitgehende Verantwortung dafür, dass das Sparprogramm 1975–1979 wirklich durchgeführt werden kann. Die CVP-Fraktion erachtet das Bundesgesetz in der von der Kommissionmehrheit vorgeschlagenen Fassung für annehmbar.

Was den Bundesbeschluss über die Finanzordnung bzw. die darin zusammengefassten Anträge des Bundesrates betrifft, erlauben Sie mir folgende Bemerkungen: Als erstes sei festgestellt, dass die vorgeschlagene Erhöhung auf 6 bzw. 9 Prozent der Steuersätze bei der Warenumsatzsteuer unumgänglich ist. Wenn die WUST den Löwenanteil der angestrebten Mehreinnahmen zu liefern hat, darf man nicht übersehen, dass damit zu einem wesentlichen Teil nur die Einnahmenverluste kompensiert werden, die in den letzten Jahren durch den Abbau der Zölle eingetreten sind.

Angesichts unserer ausgedehnten Freiliste bei der Warenumsatzsteuer, von der Herr Muret allerdings noch nie etwas gehört zu haben scheint, ist die vorgeschlagene Erhöhung auch sozial zu verantworten. In diesem Zusammenhang ist in der vorberatenden Kommission die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht endlich an der Zeit wäre, eine verfassungsmässige Grundlage für den Uebergang von der heutigen Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer zu schaffen; denn es ist offensichtlich, dass wir mit den 6 bzw. 9 Prozent nun an der Grenze angelangt sind, jenseits welcher Erhöhungen der WUST zu unzulässigen Wettbewerbsverzerrungen führen müssten.

Die Kommissionmehrheit war der Ansicht, dass man das Sofortprogramm nicht mit einer Auseinandersetzung um diese verfassungsmässige Kompetenz belasten dürfe. Das hat sicher einiges für sich und liegt im übrigen auf der Linie des Bundesrates, das Minimalprogramm auf Massnahmen zu beschränken, die relativ rasch, nach Möglichkeit schon ab 1975, wirksam werden können.

Zweitens erachtet es die CVP-Fraktion als richtig, dass die vorberatende Kommission es bei der direkten Bundessteuer nicht damit bewenden liess, den Grundsatz der Beseitigung der kalten Progression einfach zu wiederholen, sondern in Abweichung von den bundesrätlichen Anträgen beschloss, ihm durch Erhöhung der Sozialabzüge um rund 20 Prozent auch nachzuleben. Wenn sie für den Abzug der Sozialversicherungsbeiträge, der vor zwei Jahren unter Erweiterung auf die Sparzinsen von 500 auf 2000 Franken erhöht wurde, jetzt keine weitere Erhöhung beantragt, so hängt dies – wie das bereits Herr Kollega Stich angetönt hat – mit dem für 1976 erwarteten Inkrafttreten des Obligatoriums der zweiten Säule zusammen; auf diesen Zeitpunkt sollen Prämien für die Pensionskassen genau wie die AHV-Prämien aufgrund eines anderen Gesetzes sowohl von Bundes- wie von Kantons- und Gemeindeeinkommenssteuern befreit werden.

Dem sicher kommenden Einwand, mit der blossen Erhöhung der Sozialabzüge sei die in den letzten zwei Jahren eingetretene kalte Progression nicht ausgeglichen, ist entgegenzuhalten, dass das Gegenstück zum teilweisen Ste-

henlassen der kalten Progression bei den unteren und mittleren Einkommen darin besteht, dass mit dieser Vorlage ja gleichzeitig der Maximalsatz der direkten Bundessteuer für natürliche Personen von bisher 10,45 auf 12 Prozent erhöht wird. Was wir also den unteren und mittleren Einkommen an kalter Progression nicht abnehmen, das laden wir den oberen Einkommen durch eine Verschärfung der heissen Progression auf. Ein ebenso wichtiges Argument, vielleicht noch das entscheidendere, warum wir diesmal die kalte Progression nicht ganz ausmerzen können, ist die massive Ertragsverminderung der Wehrsteuer, die das zur Folge hätte. Da wir der Ansicht sind, dass das Sanierungsprogramm des Bundesrates auch bei den Einnahmen nicht amputiert werden darf, müssen unseres Erachtens für Ertragsausfälle, welche die Ausmerzungen der kalten Progression mit sich bringt, entsprechende Mehreinnahmen beschafft werden. Schon die von der Kommissionmehrheit beantragte Erhöhung der Sozialabzüge bewirkt bei der Wehrsteuer der natürlichen Personen Mindereinnahmen von rund 55 bis 70 Millionen Franken pro Jahr. Zur Kompensation halten wir die Erhöhung des Maximalsatzes der Wehrsteuer für juristische Personen statt lediglich auf 9, auf 10 Prozent für richtig und notwendig. Eine noch weitergehende Heraufsetzung der Höchstsätze für juristische Personen aber scheint uns nicht vertretbar, noch viel weniger eine zusätzliche Erhöhung der Maxima für die Bundessteuer natürlicher Personen. Wir dürfen die Sanierung der Bundesfinanzen nicht auf dem Rücken der Kantone und Gemeinden bewerkstelligen, die ihrerseits schon heute keineswegs leichte Finanzprobleme zu lösen haben. Und wenn also der Bund sein Sparprogramm tatsächlich verwirklicht, werden die Finanzprobleme der Kantone und Gemeinden dadurch in den nächsten Jahren ohnehin nicht kleiner.

Drittens scheinen uns strukturelle Änderungen am bisherigen System der Bundessteuer, wie bereits angetönt, im Rahmen eines Sofortprogramms keinen Platz zu haben. Sehr leicht könnten sie zu einer gefährlichen Hypothek für die dringliche Sanierungsaktion werden. Persönlich habe ich zweimal mit der Minderheit gestimmt, nämlich bei der Minimalsteuer für juristische Personen und bei der Frage, ob für diese nicht sofort zur jährlichen Steuerveranlagung übergegangen werden könnte. Das wären meines Erachtens Entschiede, die die Struktur unseres Bundessteuersystems nicht verändern würden. Ich gebe aber zu, dass man z. B. hinsichtlich der Einführung der Minimalsteuer auch den gegenteiligen Standpunkt vertreten kann. Bezüglich dem Postulat der jährlichen Veranlagung können allerdings die Einwände, welche einer sofortigen Verwirklichung bei den natürlichen Personen entgegengehalten werden, bei den juristischen Personen nicht angeführt werden. Dies um so weniger, als schon bald die Hälfte der Kantone für ihre eigenen Steuern zum System der jährlichen Veranlagung der juristischen Personen übergegangen sind.

Zum Schluss noch eine kurze Bemerkung zur Frage der Ausgabenbremse. Auch wir erwarten von der vorgeschlagenen Lösung keine Wunder, sondern sehen darin vielmehr ein Bekenntnis des Rates zur Sparsamkeit. Sicher werden nur wenige Mehrausgaben am qualifizierten Mehr beider Räte scheitern. Psychologisch halten wir diese Bestimmung dennoch für bedeutsam. Hier von «Selbstbevormundung» zu sprechen, scheint uns deplaziert; der Ausdruck «Selbstbevormundung» hat übrigens ein Widerspruch in sich. Vormundschaft ist, wenn jemand unter die Kuratel eines anderen gestellt wird. Wenn man sich aber selbst gewisse Zügel anlegt oder Regeln auferlegt, die man beachten will, so ist das nicht Vormundschaft, sondern Disziplin. Und ein bisschen mehr Disziplin, glaube ich, könnte uns gerade punkto Ausgabenfreudigkeit nichts schaden. Wenn im Volk der Eindruck aufkäme, dass wir diese Disziplin nicht aufzubringen gewillt sind, könnte das sehr wohl auch seinen Willen beeinträchtigen, den von uns vorgeschlagenen Mehreinnahmen zuzustimmen. Ob

man aus dieser Ausgabenbremse gleich einen eigenen Bundesbeschluss fabrizieren soll, ist eine andere Frage, über die man wirklich geteilter Meinung sein kann. Wenn die Kommission die Form eines eigenen Bundesbeschlusses wählte, wollte sie damit jenen Kollegen entgegenkommen, die eine Ausgabenbremse als Hypothek für den Steuerbeschluss empfinden. Ob man den Einnahmenbeschluss damit tatsächlich entlastet und begünstigt, scheint mir nicht ganz so sicher. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, dass, wenn eine der dem Souverän zu unterbreitenden Vorlagen mit eindeutigen Mehrheiten angenommen wird, es der Beschluss über die Ausgabenbremse sein wird.

Im Sinne dieser Ausführungen wird die CVP-Fraktion für Eintreten auf alle drei Vorlagen stimmen. Sie wird in allen wesentlichen Punkten den bundesrätlichen Vorschlägen – allerdings modifiziert durch die Beschlüsse der Kommissionmehrheit – zustimmen und bittet Sie, dasselbe zu tun.

M. Peyrot: Le groupe libéral et évangélique votera l'entrée en matière des trois mesures proposées, soit la loi fédérale à l'appui des mesures complémentaires destinées à restaurer l'équilibre des finances fédérales, l'arrêté fédéral concernant le régime financier de la Confédération et enfin l'arrêté fédéral proposé par la commission, dit du «frein aux dépenses». Ces deux arrêtés modifiant et la constitution et ses mesures transitoires sont soumis obligatoirement au vote du peuple et des cantons, la loi fédérale étant, elle, soumise seulement au référendum facultatif.

Notre décision de principe est basée sur la considération essentielle que l'impasse croissante que connaît le budget de la Confédération depuis 1971 est non seulement inquiétante mais inadmissible en période de croissance économique.

A ne rien faire, on s'expose à la détérioration rapide, financière, économique et sociale du pays, laissant aux circonstances le soin d'imposer leur dure loi dans le désordre et l'amertume. Le Conseil fédéral a donc raison de prendre le taureau par les cornes. Il y a été aidé par la commission; espérons que l'Assemblée fédérale suivra. Que propose-t-il? D'une part de freiner les dépenses, d'autre part de combler le recul des recettes provenant des impôts indirects consécutif aux accords internationaux abaissant les droits de douane, tout en assurant les rentrées supplémentaires par l'élévation de l'impôt de la défense nationale. Il s'y ajoute le troisième arrêté qui prévoit de rendre plus sévères les conditions d'acceptation des dépenses qui surenchérisse les propositions du Conseil fédéral, en demandant qu'elles soient votées dans les deux conseils à la majorité absolue.

Quel résultat peut-on attendre de ces mesures? Sur le plan financier, il faut remarquer qu'elles n'auront pas pour effet de rétablir intégralement la situation, loin de là! Le déficit restera important en 1975. Réduit de 935 millions, il sera encore de l'ordre de 900 millions de francs. Pratiquement équilibré en 1976, ce déficit réapparaîtra en 1977, avec 90 millions, pour s'aggraver à nouveau en 1978 avec un ordre de grandeur de 700 millions et atteindre un nouveau sommet de plus d'un milliard en 1979. Ceci malgré des surplus d'impôts pour les cinq années de l'ordre de 7 milliards 840 millions, dont 7 milliards 320 millions provenant de l'impôt sur le chiffre d'affaires et 520 millions de l'impôt de défense nationale, soit une proportion marquée en importance du côté de l'impôt sur le chiffre d'affaires.

Quant à l'estimation des économies à réaliser, elle est encore beaucoup plus difficile à faire. Elle sera essentiellement déterminée par la volonté de réaliser des économies tant de la part du gouvernement que du parlement et, finalement, du peuple lui-même. Comme il est dommage qu'il soit toujours inutile et même critiquable d'avoir raison trop tôt. On encense aujourd'hui le rapport Jöhr, mais personne ne l'écoula quand il le fallait. Son pessimisme, en pleine prospérité, était gênant. Qu'il me soit permis de dire ici qu'il ne fut pas le seul à crier «casse-

cou»: Notre ancien collègue Olivier Reverdin, aujourd'hui conseiller aux Etats, avait déposé le 29 septembre 1964 un postulat contresigné par les libéraux seulement demandant l'établissement d'un programme d'investissements à long terme pour pouvoir déterminer quelle proportion du revenu national pouvait être affectée aux tâches civiles, sociales et militaires de la Confédération et comment les ressources disponibles devaient être réparties entre les différents secteurs. Ce postulat est resté, comme le rapport Jöhr, dans un tiroir et vient d'être retiré de la liste, sur proposition du Conseil fédéral, dans le rapport de gestion que nous venons d'approuver lors de cette session. Il est vrai que, depuis peu, une planification financière a commencé à se dessiner; mais c'est la commission chargée d'examiner le présent projet de mesures complémentaires qui en a demandé l'adjonction sous l'alinéa 2d nouveau de l'article premier. Il n'est jamais trop tard pour bien faire.

D'autre part, la commission a heureusement renforcé les dispositions de ce même arrêté en limitant le taux d'augmentation annuelle de l'effectif du personnel de la Confédération à 0,5 pour cent, au plus, de celui de l'année précédente. Elle a, d'autre part, et nous saluons vivement cette innovation, renforcé considérablement son article 2 en prévoyant aussi de réduire les subventions légales de la Confédération pour de nouveaux engagements, en précisant toutefois qu'il n'est pas question de toucher à ce qui est déjà engagé.

Saluons enfin la disposition prévue par le Conseil fédéral et acceptée par la commission, selon laquelle l'Assemblée fédérale fixera pour les dépenses d'équipement un plafond valable pour les années 1975 à 1979, lequel inévitablement devra être indexé si l'inflation continue de courir aussi rapidement.

A cet arrêté s'ajoute celui nouvellement proposé par la commission du nouvel article 13 des dispositions transitoires déjà citées. Nous sommes convaincus par son 1er alinéa, lequel pose le principe du vote à la majorité absolue des deux chambres en matière de dépenses renchérissant les propositions du Conseil fédéral. Mais il ne faut pas se dissimuler que cette disposition comporte le danger de pressions anticipées sur le Conseil fédéral lui-même, l'exhortant à fixer les dépenses à un niveau élevé de façon à satisfaire préventivement les appétits. D'autre part, nous éprouvons pour des raisons de forme, quelques réticences quant à l'alinéa 2; nous y reviendrons dans la délibération de détail.

Quelques considérations maintenant sur l'arrêté fédéral concernant le régime financier de la Confédération. Nous l'avons déjà dit, la grosse part des recettes supplémentaires est assumée par l'augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires, ce qui nous semble absolument justifié. Dans l'attente de la taxe sur la valeur ajoutée, conséquence inévitable des accords économiques européens et internationaux, il n'y a pas d'autres moyens d'agir, d'autant plus que nos droits de douane sont calculés selon le poids – droit spécifique – et non sur la valeur des marchandises – droit *ad valorem*. Mais à quoi bon changer maintenant la structure de droits qui sont, sous cette forme, condamnés à terme.

Avantages: l'impôt indirect, apanage de la Confédération, n'empiète pas sur le domaine réservé des cantons. En outre, du fait que l'impôt sur le chiffre d'affaires ne s'applique pas aux produits de première nécessité, on ne peut dire qu'il frappe trop durement les petits revenus.

Enfin, et cela est capital, l'imposition du revenu augmente beaucoup plus fortement que celle de la consommation – nous rappelle le message. Les droits de douane ne suivent pas le même rythme de croissance que le produit national brut. La cause est donc entendue et l'accord est unanime pour élever l'impôt sur le chiffre d'affaires de 4 à 6 pour cent pour les livraisons au détail et de 6 à 9 pour cent pour les livraisons en gros.

Le problème posé par l'élévation de l'impôt direct de la défense nationale est naturellement plus complexe. La proposition du Conseil fédéral, en ne l'élevant qu'à partir d'un revenu de 234 000 francs, nous paraît acceptable, tout ne pouvant pas être demandé à l'impôt indirect.

Au nom du Conseil fédéral, le conseiller fédéral Chevallaz s'est opposé à la surenchère des représentants du Parti socialiste, de même qu'il a demandé de ne pas suivre la proposition inverse de notre collègue Letsch, de biffer purement et simplement cette disposition. Nous suivrons le Conseil fédéral comme nous nous rallierons par gain de paix et sans enthousiasme aucun au compromis survenu en dernière heure à la commission concernant l'atténuation de la progression à froid par le truchement d'une légère élévation des déductions dans le calcul de l'impôt sur les personnes physiques avec pour contre-partie financière, l'augmentation de 9 à 10 pour cent du rendement net total du plafond de l'impôt dû par les sociétés à base de capitaux et par les sociétés coopératives.

Vu la situation précaire des finances fédérales, notre groupe est d'avis que cette formule est apte à affronter avec de bonnes chances la volition populaire obligatoire qui aura lieu séparément pour cet arrêté fédéral et pour celui qui modifie l'article 13 des dispositions transitoires évoquées tout à l'heure. Nous pensons, par contre, qu'il est trop tôt pour passer à la taxation annuelle en raison des grandes perturbations que cela entraînerait dans les cantons. Cette réforme devra toutefois s'inscrire dans la réforme plus générale du régime financier de la Confédération en concours avec l'harmonisation fiscale entre les cantons et la taxe sur la valeur ajoutée. Nous y serons d'ailleurs bien contraints puisque l'actuelle réforme n'est que transitoire et incapable par elle-même de redresser la situation. Dans ce sens, nous nous rallions à la motion I de la majorité de la commission qui demande cette réforme complète au plus tard pour 1976.

Pour terminer, le groupe libéral et évangélique déclare une fois de plus qu'il attache la plus grande importance à l'équilibre financier de la Confédération. Il est profondément inquiétant de voir les dépenses publiques croître plus vite et dans une proportion sans cesse grandissante par rapport à l'évolution de notre produit national brut. C'est le signe de la maladie qui ravage actuellement les économies de tous les pays économiquement développés. Elle ne sera vaincue que par l'effort de tous mais aussi par les sacrifices de chacun. Il faudra donc distinguer toujours plus les dépenses productives de celles qui sont de pure consommation, tâche impopulaire mais nécessaire pour garder une économie saine et une monnaie forte. Les Suisses, qui sont gens travailleurs et de bon sens, comprendront sans nul doute dans leur majorité que le ménage public n'échappe pas davantage que le particulier aux règles élémentaires de la bonne gestion qui veut que les dépenses ne dépassent pas les recettes et mieux, qu'elles doivent même leur rester inférieures.

Jaeger-Basel: Dieses Geschäft wurde in unserer Fraktion durch unseren Kollegen Walter Bräm bearbeitet. Da er wegen Todesfall in der Familie erst am Donnerstag wieder an den Sitzungen teilnehmen kann, hat er mich gebeten, Ihnen seine Stellungnahme bekanntzugeben.

Wir alle, die wir diesen Staat bilden, haben jahrzehntelang seine vielen Wohltaten ohne ernsthafte Ueberlegungen hingenommen. Vielleicht wurden bei neuen Begehren gelegentlich Bedenken wach, doch trösteten wir uns fortlaufend mit dem Gedanken, dass dank der Segnungen der Konjunktur die Rechnung dann schon irgendwie wieder aufgehen würde. Heute reiben wir uns die Augen und stehen vor der gewaltigsten Ausgabenexplosion der letzten 20 Jahre. Die Erkenntnis wächst, man habe über die Verhältnisse gelebt und könne so nicht weitermachen. Man hofft in dieser Situation, dass nicht noch ein eigentlicher Konjunktüreinbruch Schlimmes verschlimmern würde. Der Bundesrat findet deshalb für seine Massnahmen ge-

gen den weiteren Anstieg der Ausgaben und zur Erhöhung der Einnahmen Verständnis. In der Botschaft zeigt der Bundesrat die Zusammenhänge objektiv auf, doch zieht er unseres Erachtens daraus zu wenig hart die Konsequenzen. Die Gefahr ist da, dass wir mit der Flickwerkpolitik einen Dauerzustand schaffen, anstatt auf der Grundlage übergeordneter Prinzipien mit Elan die Neuordnung der Bundesfinanzen voranzutreiben. Diese Feststellung beinhaltet keinen Vorwurf an Bundesrat Chevallaz, der den Schock mit raschem Handeln überwinden will.

Zur Kontrolle der Ausgaben: Unter Verzicht der Aufzählung einzelner Massnahmen kann ich erklären, dass unsere Fraktion alle Bemühungen der vorberatenden Kommission, die auf Stärkung der Ausgabenerschwerung und Ausgabendisziplin hinzielen, nachdrücklich unterstützt, und zwar auch dann, wenn sie unpopulär sind. Bezüglich der Möglichkeit einer wirksamen Eindämmung der Ausgabenflut sind wir allerdings pessimistisch. Wir glauben, dass die vorgesehenen Massnahmen ungenügend sind. Wir bedauern, dass der Bundesrat das wirksame Instrumentarium, wie es ihm mit dem Finanzhaushaltsgesetz gegeben ist, erst zu einem späteren, vielleicht gefährlich späten Zeitpunkt anwenden will.

Zur Erhöhung der Einnahmen: Die vorgeschlagene Erhöhung der Sätze der Warenumsatzsteuer ist insofern sachlich gerechtfertigt, als die Ausfälle bei den Bundeseinnahmen ihre Ursache grösstenteils im Zollabbau (GATT, EFTA, EWG) haben. Zölle sind ihrem Wesen nach Verbrauchssteuern, weshalb die Erhöhung der WUST eine Kompensation innerhalb gleichartiger Einnahmenkategorien darstellt. Soweit die Erhöhung der WUST dem Ausgleich des Zollaubaues dient, stellt sie keine Steuererhöhung, sondern lediglich eine Wiederherstellung des bisherigen Belastungszustandes dar. Diesem Hinweis kommt für die Aufklärung über das Massnahmenpaket eine gewisse Bedeutung zu. Nachdem die massiven Rückgänge aus den Einfuhrzöllen voraussehbar waren, verstehen wir es nicht, dass die Anpassung der WUST-Sätze nicht schon früher erfolgt ist. Wir bezeichnen dieses Verhalten als Unterlassungssünde. Im übrigen befürworten wir nachdrücklich die fällige Ablösung des Gewichtzölles durch den Wertzoll. Der Uebergang zur einjährigen Steuerveranlagung ist unseres Erachtens gerechtfertigt, gehört aber nicht in dieses Sofortprogramm hinein und muss in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen vorbereitet werden. Eine höhere Besteuerung des Alkohols liegt im verfassungsmässigen Auftrag und ist aus finanz- und gesundheitspolitischer Sicht angezeigt. Im Rahmen der Massnahmen zur Erhöhung der Einnahmen verdient die Erhöhung des Maximalsatzes der Wehrsteuer aus den folgenden politischen und wirtschaftlichen Gründen besondere Aufmerksamkeit.

Mit einem Anteil der direkten Steuern und Abgaben von 67 Prozent an der gesamten Steuerbelastung steht die Schweiz unter den europäischen Industrieländern heute schon an der Spitze. Durch eine erneute Erhöhung der Wehrsteuer wird das bestehende Ungleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern weiter erhöht. Da im Aussenwirtschaftssektor die direkten Steuern im Gegensatz zur Umsatzsteuer nicht rückvergütet werden können, ist die schweizerische Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt. Wir verstehen, dass aus politischen und sozialen Gründen die Mehrwertsteuer als künftige Haupteinnahmequelle des Bundes nur eingeführt werden kann, wenn gleichzeitig auch die Belastung durch direkte Steuern massvoll erhöht wird. Von der zusätzlichen Belastung der Steuerpflichtigen abgesehen, könnte eine weitere starke Erhöhung der Wehrsteuersätze zu vermehrter fiskalischer Abhängigkeit der Kantone und Gemeinden vom Bund führen, da dieser verstärkt auf dasselbe Steuersubstrat zurückgreifen würde wie die Kantone und Gemeinden. Wir können nicht die Bundesmassnahmen für sich allein betrachten, sondern müssen für die Beurteilung des tragbaren Masses die Kumulierung der Steuererhöhungen in Gemeinde, Kanton und Bund im Auge behal-

ten. Gemäss der Broschüre unseres Kollegen Dr. Auer, «Baselland nach der Reichtumssteuer», Seite 6, beträgt die maximale Steuerbelastung ohne Vermögenssteuer für Unselbständigerwerbende 49,5 Prozent und für Selbständigerwerbende 53,6 Prozent. Unter solchen Umständen muss jede weitere Erhöhung der Wehrsteuer nachdenklich stimmen. Auf kantonaler Ebene sind zurzeit neben einzelnen Reichtumssteuer-Initiativen verschiedene Gesetzesrevisionen hängig, die alle eine Erhöhung der direkten Einkommensbelastung bezwecken. So sei beispielsweise auf den Kanton Zürich hingewiesen, wo am 30. Juni 1974 über eine Steuergesetzesrevision abgestimmt wird. Der kantonsrätliche Gegenvorschlag zur sozialdemokratischen Reichtumssteuer-Initiative sieht schon bei den heutigen Wehrsteuersätzen eine maximale Einkommensbelastung natürlicher Personen in der Stadt Zürich bei unverändertem Steuerfuss von 45,4 Prozent vor. Diese Belastung wird bei Annahme des bundesrätlichen Notprogrammes sogar auf 47 Prozent steigen, ohne Berücksichtigung der Sozialversicherungsprämien. Falls die Reichtumssteuer-Initiative angenommen würde, ergäben sich gar Höchstbelastungen von 57,7 Prozent ohne Wehrsteuererhöhung, beziehungsweise 59,3 Prozent mit Wehrsteuererhöhung.

Die genannten Sätze reichen nahe an den derzeit in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Höchstsatz von 53 Prozent ohne Ergänzungsabgabe und Stabilitätzuschlag heran, ja überschreiten diesen bei Annahme der Reichtumssteuer-Initiative sogar beträchtlich. Vergleicht man gesamthaft gesehen die Bundesrepublik Deutschland mit der Schweiz, so muss festgestellt werden, dass wir mit der Totalbelastung der hohen Einkommen praktisch schon heute in der Schweiz höher liegen als unser Nachbarland.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bei der Verwirklichung der verschiedenen kantonalen Steuergesetzesrevisionen, verbunden mit einer weiteren Erhöhung der Maximalsätze der Wehrsteuer die Einkommensbelastung in der Schweiz eine auch international unübertroffene Höhe erreichen könnte. Wir betonen nachdrücklich, dass Arbeitsmoral, Risikofreudigkeit und Kapital die Grundlage des schweizerischen Wohlstandes bilden. Eine ungebührlich hohe Steuerbelastung des Einkommens würde diese Wohlfaktoren unvermeidlich lähmen und somit dem langfristigen Interesse der Schweiz entgegenwirken. Wir dürfen mit unserer Steuerpolitik nicht die Leistung bestrafen.

Zur Beseitigung der kalten Progression: Der Bundesrat schlägt vor, im jetzigen Zeitpunkt angesichts der Notlage der Bundesfinanzen, auf den Ausgleich der kalten Progression zu verzichten. Notstand einerseits, verfassungsrechtlicher Auftrag andererseits – es ist schwer, diesem Dilemma zu entrinnen! Jede Beseitigung der kalten Progression führt zu Steuerausfällen. Der Bundesrat beziffert diese ab 1976 auf mehrere hundert Millionen Franken. In der Vergangenheit machte man bei der Beseitigung der kalten Progression immer das gleiche Spiel. Die entstandenen Steuerausfälle wurden durch Verschärfung der Steuerprogression und durch Erhöhung der Maximalsätze ausgeglichen. Wie vorhin dargelegt wurde, ist heute die Schweiz auf dem besten Wege, durch derartige Praktiken eine beängstigende Steuerverdrossenheit herbeizuführen. Es kann so nicht mehr weitergehen. Die Defizite der öffentlichen Haushalte kommen nicht zuletzt davon, dass der öffentlichen Hand immer mehr Aufgaben übertragen werden. Eine völlige Beseitigung der kalten Progression ist deshalb nur dann gerechtfertigt, wenn die wachsenden Ausgaben gebremst werden können. Der Staat kann so wenig wie der einzelne aus Steinen Geld klopfen. Wird die kalte Progression ohne Berücksichtigung dieses Umstandes bei den unteren und mittleren Einkommen ausgeglichen, dann geschieht nichts anderes, als dass die Mehrkosten des Staates auf eine kleine Minderheit abgewälzt werden. Und hier geht die Rechnung nicht auf. Es gibt zu wenig Steuerpflichtige mit hohen Einkommen, die dauernd für den Ausgleich herhalten können.

Mit dieser grundsätzlichen Feststellung verneine ich nicht die Verpflichtung, dass die Solidarität gegenüber den Schwächeren von den hohen Einkommensbezüglern eine gewisse Steuerleistung verlangt, doch ist es eine Frage des Masses. Unsere Steuerpolitik muss indessen vermehrt bejahen, dass grundsätzlich jeder Staatsbürger im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit an die Staatskosten beitragen muss. Die weite Verbreitung dieser Erkenntnis und ihr Durchsetzen würden die Anspruchsinflation gegenüber dem Staat entscheidend bremsen. Für die Erhaltung der Gemeinschaft Schweiz, von der kürzlich Herr Kollege Nef gesprochen hat, sollten alle Bürger ein Opfer bringen. Diese Denkweise ist nicht populär, von der Sache her aber richtig. Vorläufig ist es in dieser Gemeinschaft so, dass der wirtschaftliche Gruppenegoismus hohe Blüten treibt. Im übrigen sind wir mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit, die kalte Progression durch Erhöhung der Sozialabzüge wenigstens teilweise auszugleichen, einverstanden. Aus den geschilderten Gründen betrachten wir das bundesrätliche Notprogramm mit den von der Kommissionsmehrheit vorgenommenen Aenderungen als das Minimum des Möglichen, vor allem mit Bezug auf den Ausgabensektor bzw. die Personalsparten. Wir begrüßen nachdrücklich die beantragten Ausgabenerschwerungen und Fristenerstreckungen. Wir lehnen alle Anträge, welche die bundesrätliche bereits auf Kompromissen beruhende Vorlage verschlechtern, ab. Die Drohung mit der Verwerfung vermag uns nicht zu beeindrucken. Sie verweist uns höchstens auf die Möglichkeit, im Ausgabensektor kommende Vorlagen, die nicht im Gesamtinteresse, sondern im Interesse einzelner Gruppen liegen, abzulehnen. Wir stimmen für Eintreten auf die Vorlage.

Vollenweider: Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei wird für Eintreten auf die drei Vorlagen über die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt stimmen. Wir sind der Meinung, dass es angesichts der in der Botschaft des Bundesrates eindrücklich dargestellten bedrohlichen Entwicklung des Finanzhaushaltes des Bundes unverantwortlich wäre, weiterhin tatenlos zuzuschauen. Die Fraktion begrüsst es deshalb, dass im Interesse eines gesunden Staatshaushaltes möglichst wirksame Massnahmen ergriffen werden, um das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen. Dabei soll aber nicht nur wie bisher der einfachste Weg über die Vermehrung der Einnahmen gesucht werden, sondern es soll endlich auch das Wachstum der Ausgaben energisch gebremst werden.

In den letzten Jahren wurden die aufgrund der langfristigen Finanzplanung des Bundes und des Berichtes der Kommission Jöhr begründeten Warnungen vor einem kommenden finanziellen Engpass nicht zuletzt unter dem Eindruck der andauernden Hochkonjunktur leider weitgehend in den Wind geschlagen. Auch Sparmassnahmen fanden wenig Anklang, wenn wir uns an das Schicksal der Anträge der Kommission Stocker erinnern. Heute sollte es angesichts der inzwischen eingetretenen schwierigen Finanzlage des Bundes und des nun deutlich abgeflachten Wachstums des Bruttosozialproduktes doch jedermann klar sein, dass das in den letzten Jahren weit übersetzte Tempo des Wachstum der Ausgaben einfach nicht mehr durchgehalten werden kann. Wenn die Ausgaben von 1960 bis 1973 um 347 Prozent zugenommen haben und die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben allein in den letzten drei Jahren trotz der Erhöhungen der Warenumsatzsteuer und der Wehrsteuer sich um 1 Milliarde vergrössert hat, zeigt das doch deutlich genug, dass nun mit dem Sparen Ernst gemacht werden muss. Wir erwarten deshalb, dass die drei Vorlagen im Sinne der Anträge der Kommissionsmehrheit beschlossen werden und keine weiteren Verschlechterungen erfahren. Und vom Bundesrat erwarten wir, dass er in der in seiner Botschaft erwähnten vorgesehenen zweiten Phase zusammen mit dem Vorschlag 1975 den Finanzrahmen im Investitionsbereich der heutigen Lage entsprechend absteckt und dann den bei-

den Räten konkrete Zahlen vorlegt. Natürlich wird die Realisierung dieser Einsparungen weder für den Bundesrat noch für die Räte eine einfache Prozedur sein, sondern hohe Anforderungen an das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Ganzen stellen. Es war ja in den vergangenen Jahren wesentlich einfacher, sich der Illusion einer ewig andauernden Hochkonjunktur hinzugeben und trotz aller Warnungen in eine Ausgabeneuphorie hineinzugleiten, deren Rechnung jetzt präsentiert wird. Der weitverbreiteten Forderungsinflation wurde oft Folge geleistet, indem die Räte die Anträge des Bundesrates häufig noch überboten, ja sogar während den Beratungen Zusatzanträge gestellt und beschlossen wurden, deren finanziellen Auswirkungen unbekannt waren.

Gleichzeitig wurde der Bundesrat mit einer steigenden Flut von Interpellationen, Motionen und Initiativen mit neuen Forderungen unter stetigen Druck gesetzt. Die Gesetzesmaschinerie wurde dadurch auf Hochtouren gebracht, was den Verwaltungsapparat überforderte und zur beständigen Ausweitung zwang. Parallel dazu gerieten verschiedene Kantone in eine Vollzugskrise, d. h. sie sind zum Teil nicht mehr in der Lage, den Vollzug der laufend beschlossenen Bundesgesetze fristgemäss durchzuführen. Es ist daher sehr verständlich und zu begrüßen, wenn der Bundesrat in seiner Botschaft von einer dringend notwendigen Atempause spricht. Wieweit der Wille zu einer weisen Zurückhaltung in den beiden Räten und die notwendige Selbstdisziplin der einzelnen Ratsmitglieder im Vorfeld der kommenden Neuwahlen vorhanden sind, wird sich allerdings noch zeigen müssen. Vielleicht wird dem einen oder anderen in der Richtung des Forderns und damit der Ausgabenvermehrung besonders aktiven Parlamentarier eine gewisse Zurückhaltung etwas leichter fallen, wenn darauf hingewiesen wird, dass in jüngster Zeit landauf, landab in den Gemeinden und Kantonen angesichts der steigenden Steuerlast neue Kreditbegehren immer häufiger und massiver abgelehnt werden. Diese Tatsache könnte darauf hindeuten, dass in Zukunft mit neuen Forderungen nicht mehr so viel Popularität erhascht werden kann, wie das bis dahin offenbar der Fall war. Diese neueste Entwicklung sollte auch von jenen Kreisen in Betracht gezogen werden, die glauben, man könne höhere Ausgaben einfach immer wieder mit Steuererhöhungen decken. Der Steuerwiderstand, den wir bis vor kurzem im Vergleich zu anderen Ländern nur am Rande kannten, scheint, wie aus den erwähnten, stark zunehmenden Kreditverweigerungen zu schliessen ist, bereits im Wachsen zu sein. Es darf in diesem Zusammenhang zum Beispiel auch an die kürzliche starke Verwerfung des Grundstückgewinnsteuergesetzes im Kanton Aargau erinnert werden. Diese jüngste Entwicklung hat eben ihre tiefere psychologische Begründung, die nicht ausser acht gelassen werden darf. Bekanntlich steigern sich mit dem wachsenden Wohlstand eines Volkes weder das Gefühl des Aufeinander-angewiesen-seins noch der Sinn für Solidarität in gleicher Weise, sondern machen leider im Gegenteil einem stärkeren Individualismus bis Egoismus Platz. Diese negative Veränderung konnte allerdings schon seit längerer Zeit beobachtet werden, seit in unserer Wohlstandsgesellschaft das Wort «fordern» immer grösser und das Wort «leisten» immer kleiner geschrieben wurde. Es muss daher aus dieser Entwicklung für die Zukunft geschlossen werden, dass wir uns wahrscheinlich schon viel näher an der politisch möglichen Grenze der Steuererhöhung befinden, als man vielerorts noch glaubt. Vorerst müssen wir nun den Mitbürgern in glaubwürdiger Art den echten Willen zum Sparen unter Beweis stellen, bevor wir zu noch weiteren Steuererhöhungen schreiten, als sie die Kommissionsmehrheit heute beantragt.

Mit der Zustimmung zu den weitergehenden Minderheitsanträgen würden wir die Vorlage in der Volksabstimmung bestimmt gefährden und zudem für die kommende Revision der Steuergesetze voreilig unerwünschte Hypothesen schaffen. Wir werden deshalb diese Minderheitsanträge ablehnen.

Ich komme zum Schluss und beantrage Ihnen im Namen der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Kommissionsmehrheit sowie deren Motion zuzustimmen.

Präsident: Nachdem die Fraktionssprecher zu Worte gekommen sind, beantrage ich Ihnen, die Redezeit der übrigen Votanten auf 10 Minuten zu beschränken. (Zustimmung – Adhésion)

Hier wird die Beratung abgebrochen

Ici, le débat est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.35 Uhr

La séance est levée à 12 h 35

Elfte Sitzung – Onzième séance

Dienstag, 25. Juni 1974, Nachmittag

Mardi 25 juin 1974, après-midi

15.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Muheim

11 936

Bundesfinanzen. Massnahmen

Finances fédérales. Mesures

Siehe Seite 927 hiervor — Voir page 927 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Elbel: Es sind etwas mehr als 20 Jahre her, dass eine Bundesfinanzvorlage vor Volk und Ständen unterlag, weil sie mit der Parole bekämpft wurde: Finanzreform auf einem Bein!

Die Vorlage, die wir heute zu begutachten haben, kommt zwar noch auf zwei Beinen, aber auf zwei sehr ungleichen: ein Einnahmenbein, das an einer ausgesprochenen Muskelhypertrophie leidet, und ein Ausgabenbein, das ausserordentlich schwächlich ist, so schwach, dass es, wenn es gewisse Anträge, die auf dem Tisch liegen, durchgehen sollten, noch ganz verschwinden könnte. Ich möchte nicht Gesagtes von heute vormittag wiederholen; die Fraktionssprecher haben sich zum Teil sehr ausgiebig mit der Frage des Sparens auseinandergesetzt. Ich möchte mich darauf beschränken, zu diesem Thema ein paar ganz klare Fakten hier noch herauszustellen.

Gemäss den Angaben auf Seite 13 der Botschaft haben wir, sofern auf die Ausgabenkürzungen und Mehreinnahmen gemäss Antrag des Bundesrates verzichtet würde, in den fünf Jahren 1975 bis 1979 mit Ausgabenüberschüssen von total 13,3 Milliarden Franken zu rechnen, oder im Jahresdurchschnitt mit 2,7 Milliarden Franken. Immer nach der gleichen Botschaft sollen durch Mehreinnahmen aus WUST und direkter Bundessteuer in der erwähnten Fünfjahresperiode 7,7 Milliarden Franken fliessen. Der Fehlbetrag reduziert sich dann von 13,3 auf 5,6 Milliarden Franken. Eine weitere Reduktion soll durch die vorgesehene Herabsetzung der Ausgaben erreicht werden.

In der zahlenmässigen Bezifferung dieser Einsparungen ist die Botschaft ausserordentlich vage und zurückhaltend. Es heisst auf Seite 17, «dass bei konsequenter Ausschöpfung aller in diesem Gesetz gebotenen Möglichkeiten jährliche Einsparungen von rund 200 bis 300 Millionen Franken in den beiden ersten und zwischen 500 Millionen und 1 Milliarde Franken in den drei folgenden Jahren resultieren dürften». Auf die Fünfjahresperiode umgerechnet heisst das, dass die Summe der Einsparungen, immer bei konsequenter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, im Minimum 1,9 Milliarden Franken beträgt (2×200 und 3×500) und im Maximum 3,6 Milliarden Franken (2×300 und 3×1000). Von den Ausgabenüberschüssen verblieben dann im ungünstigen Falle 3,7 Milliarden oder im Jahresdurchschnitt 740 Millionen, im günstigen Falle 2 Milliarden oder im Jahresdurchschnitt 500 Millionen. Das heisst nichts anderes, als dass die Defizite der Finanzrechnung in näherer Zukunft sich weiterhin in Grössenordnungen bewegen werden, die grosso modo denjenigen von 1973 entsprechen, Grössenordnungen, die den Alarm ausgelöst haben, den wir mit dieser Vorlage zu bewältigen versuchen.

Schon das ist ausserordentlich unbefriedigend. Aber die Situation ist damit noch nicht einmal in ihrer ganzen Tragweite erfasst. Die zu erwartenden Einsparungen zwischen

Bundesfinanzen. Massnahmen

Finances fédérales. Mesures

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1974
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	11936
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.06.1974 - 08:00
Date	
Data	
Seite	927-942
Page	
Pagina	
Ref. No	20 002 978

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.